links

INFORMATIONS-
RUNDBRIEF
des Sozialistischen Büros

Nr.95
Sonderausgabe

DAS ENDE DER NACHKRIEGSORDNUNG?

Die Einheit Deutschlands, die nationale Frage
und die Neuordnung Europas

horizont

Deutschland und die „Welt". In ihre Ausgabe vom 4. November 1989 verriet die Springer-Zeitung ihr Bild von einem „europäischen Haus": „Demnach wird es einen Deutschen Bund geben, die baltischen Staaten werden selbständig sein und mit Polen, der CSSR, Ungarn und Kroatien-Slowenien assoziierte Mitglieder der EG sein mit direkt an die DM angebundenen Währungen."

Am 1o. und 11. März 199o fand an der Humboldt-Universität zu Berlin (Ost) eine gemeinsame Konferenz von WissenschaftlerInnen, JournalistInnen und Mitgliedern/VertreterInnen oppositioneller Gruppierungen aus der DDR und der Bundesrepublik zu Fragen der nationalen Vereinigung der beiden deutschen Staaten, der damit verbundenen Gefahren (und Perspektiven?) für eine politische Neuordnung Europas und mögliche Initiativen der Oppositionsbewegungen statt. Eingeladen dazu hatten die Redaktionen der Zeitschriften LINKS (BRD) und HORIZONT (DDR) und das Berliner Universitätszentrum für Friedens- und Konfliktforschung.

Thema und Gegenstand der Konferenz hatten sich vor dem Hintergrund der Ereignisse in der DDR und den osteuropäischen Staaten seit dem Herbst 1989 entwickelt. Mit dem "Ost-West-Gegensatz"scheinen die Gründe für die Aufrechterhaltung der Nachkriegsordnung hinfällig geworden zu sein. Insbesondere die durch den unaufhaltsamen Flüchtlingsstom erzwungene Öffnung des "Eisernen Vorhangs" und später der Berliner Mauer hat die Frage einer "Neuordnung Europas" auf die realpolitische Tagesordnung der Geschichte gesetzt.

Der Bankrott des "realen" Sozialismus und der Sieg des Westens im "Kalten Krieg" soll nun mit der Fusion der beiden Deutschlands vollendet werden. Damit potenziert sich die aufgrund seiner geopolitischen Lage und seiner wirtschaftlichen Stärke dominierende Rolle Deutschlands in Europa. Ein "deutsches Europa" aber würde die historischen Erfahrungen, deren Resultat die europäische Nachkriegsordnung darstellt, auf den Kopf stellen ...

Im Mittelpunkt der Ost-Berliner Veranstaltung standen vier Referate, die verschiedene Aspekte des Problems thematisierten und die auf den folgenden Seiten dokumentiert werden.

E I N L A D U N G

Die Redaktion der (BRD-)Zeitschrift "links" und die Redaktion der (DDR-)Zeitschrift "horizont" laden ein zu einer gemeinsamen

K o n f e r e n z:

DAS ENDE DER NACHKRIEGSORDNUNG?

Die "Einheit Deutschlands", die nationale Frage und die Neuordnung Europas

in Verbindung mit dem Sozialistischen Büro (Offenbach) und Erstunterzeichnern des "Aufruf für unser Land"

Ort:

Humboldt-Universität Berlin
(Hauptgebaude, Unter den Linden 6)
Senatssaal

Termin:

Samstag/Sonntag,
1o./11. März 199o

Beginn:

Samstag, 1o. März
9.oo Uhr

Veranstalter:

Berliner Universitätszentrum für Friedens- und Konfliktforschung
c/o Humboldt-Universität, Unter den Linden 6, Berlin 1o86/DDR

Anmeldung, Kontakt und Information:

Redaktion "links"
Bleichstr. 5/7
6o5o Offenbach/BRD
Tel.: o69/885oo7

Redaktion "horizont"
Karl-Liebknecht-Str. 29
Berlin 1o26/DDR
z.Hd. Ulrike Schultz

DAS ENDE DER NACHKRIEGSORDNUNG?

Zeitgenössische Kommentatoren, Politiker und manche Historiker wetteifern, das Ende einer Epoche herbeizureden: der "Kalte Krieg" ist zu Ende, die Karten in Europa werden neu gemischt und - nicht zuletzt - die Teilung Deutschlands wird überwunden. Und in der Tat kann kein Zweifel bestehen, daß der Erosionsprozeß des "realexistierenden" Sozialismus die Welt verändert hat und weiter verändern wird.

In Deutschland besteht ein gesteigertes Interesse, die Nachkriegsordnung, die eine historische Konsequenz aus den Verbrechen des Nationalsozialismus darstellt, zu eliminieren. Vor allem konservative Politiker in der BRD lassen seit Jahren keine Gelegenheit aus, Schuld und Last der deutschen Vergangenheit zu relativieren und im Bewußtsein zu tilgen. Erst diese "Entsorgung" der Geschichte erlaubte es, eine der ökonomischen Stärke korrespondierende politische Macht der Bundesrepublik innerhalb der westlichen Bündnissysteme und in der "internationalen Völkergemeinschaft" zu entfalten. Die (Wieder-) Vereinigung von BRD und DDR soll einen wichtigen Schritt auf diesem Weg markieren.

Mit dem Zusammenbruch des Kasernensozialismus und insbesondere mit der Öffnung der Grenzen verbinden die Menschen in Ost- und Mitteleuropa die Hoffnung auf ein besseres Leben. In der DDR knüpft sich diese Hoffnung unmittelbar an die möglich gewordene Perspektive einer Vereinigung mit der BRD. Niemand hat das Recht, sie zu denunzieren. Wenn bundesdeutsche Politiker jedoch in der Endphase des DDR-Wahlkampfes die Hoffnungen der Menschen mißbrauchen, um ihre "ideologische Überschußproduktion" dort abzusetzen, um nationale Gefühle und nationalistische Stimmungen, die den Nährboden für Chauvinismus, für Rassismus und Antisemitismus bilden, zu schüren, dann beschwören sie genau die Gefahren herauf, vor denen die Opfer und Leidtragenden des deutschen Nationalismus heute zu Recht warnen.
Die Konsequenz aus der deutschen Geschichte ist:

ES DARF KEINEN NEUEN DEUTSCHEN NATIONALSTAAT GEBEN!
EINE VEREINIGUNG VON BRD UND DDR DARF KEINE "DEUTSCHE", SONDERN MUSS EINE INTERNATIONALE ANGELEGENHEIT SEIN!

Ludi Lodovico

GEGEN DIE REHABILITIERUNG DER NATION

Die Französische Revolution, die Bismarcksche Reichsgründung, die Machtübergabe an Hitler und die Studentenrevolte, also 1789, 1871, 1933, 1968 - gewiß stehen diese Daten für Ereignisse von ganz unterschiedlichem Gewicht. Und auf den ersten Blick mag mein Unterfangen, die vier Daten in einen Zusammenhang mit den aktuellen Diskussionen um die Übernahme der DDR durch die BRD zu bringen, etwas willkürlich und abenteuerlich erscheinen. In meinen historisch-politischen Überlegungen möchte ich zeigen, welchen interpretatorischen Konjunkturen die Ereignisse in der jüngsten nationalen Aufwallung unterworfen sind und warum die westdeutschen Konservativen mit allen vier Ereignissen ihre Not haben, wie sie dieser Not gegensteuern und was dabei alles hochgespült und zurechtgebürstet wird.

1789, dieses Datum beunruhigt die Konservativen erheblich: die universalistisch-internationalen Momente an der Wiege einer auch nationalen Revolution passen nicht ins Weltbild der "Deutschland-Deutschland-über-alles"-Poeten. Daß die Französische Revolution nicht nur den modernen, auf der Volkssouveränität beruhenden Nationalstaat - und damit allerdings auch den modernen Nationalismus und Chauvinismus hervorgebracht hat, sondern auch die universalistisch gedachten Menschenrechte, die Republik, die bürgerliche Demokratie, die gesellschaftliche und politische Entmachtung des Adels bis hin zum Traum von einer égalité, die nicht nur auf dem Papier steht - kurz: alles mehr als nur Nationale an der Französischen Revolution haben Konservative immer "übersehen" wollen, d.h., sie mußten es verleugnen; als dies nicht mehr ging und nur noch lächerlich wirkte, haben sie es als selbstverständlich hingestellt.- Der euphemistisch als "Befreiungskrieg" bezeichnete Kampf, der mehr der Revolution und ihren Prinzipien galt als den französischen Nationalinteressen, mit denen sich Napoleons Revolutionsexport vermischte, versandete. An die Stelle des realen Kampfes gegen die Okkupation trat

dessen nationalistische Überhöhung in Geschichtsschreibung, Publizistik, Literatur und Philosophie. Das literarisch beschworene "deutsche Wesen", der romantischen Fiktion nach dem Mittelalter entliehen, mußte als Ersatz herhalten für die ganz unliterarisch-reale deutsche Misere. Was in der politischen Realität scheiterte, sollte wenigstens in ideologischer Gestalt als romantische, mittelalterliche Reminiszenz aufblühen. Die Reaktion brachte mit den Karlsbader Beschlüssen die bürgerlich-nationale Opposition zum Schweigen oder trieb sie ins Exil. Was blieb, versumpfte schnell im ordinären Turner-Nationalismus.

Diese konstitutionelle Schwäche und politische Zurückgebliebenheit hat das bürgerliche Deutschland, wenn man von der kurzen Phase der 48er Revolution absieht, nie überwunden. Diesen Geburtsfehler der bürgerlich-nationalen Bewegung in den 41 (1815) bzw. 34 (1866) Mitgliedstaaten des Deutschen Bundes nützten verbürgerlichte Adlige, die den Ton angaben in fast allen deutsch-nationalen Gruppen und Parteien, ebenso aus wie Regierungen, Polizei und Justiz der deutschen Fürstenstaaten. Eine demokratisch-nationale Bewegung, wie sie andere europäische Länder kannten, gab es in den deutschen Staaten nicht oder nur in lächerlichen Ansätzen.

Die nationale Frage entglitt hier den Händen einer kraftlosen Bourgeoisie und geriet in jene des Obrigkeitsstaates, der sie in seinem Sinne und mit seinen Mitteln löste. Den glücklichen Traum, wonach sich demokratische und nationale Bestrebungen vereinigten zur starken politischen Bewegung für nationale Selbstbestimmung, Volkssouveränität und Demokratie träumten Deutsche im Exil, 1848 gebrochene Demokraten zuhause und ein paar ebenfalls exilierte sozialistische Arbeiter-Politiker, deren Basis in der erst entstehenden proletarischen Bewegung so minimal war wie diese zahlenmäßig gering. In den deutschen Staaten glich die nationale Frage, solange sie noch eine war, einem harmlosen Glasperlenspiel, das der Obrigkeitsstaat seinen Untertanen gestattete; nachdem Bismarck die Frage "mit Blut und Eisen" entschieden hatte, fungierte der Nationalismus als Kitt für ein Großpreußen, das nun "Deutsches Reich" hieß. Der deutsche Untertan durfte sich mit der Identitätskrücke "Deutscher" in einem Verfassungsrahmen einrichten, in dem das Volk nicht vorkam. Faktisch blieb er freilich mehr das, was er zuvor gewesen war: Thüringer, Preuße, Schwabe, Hesse, Pommer, Hamburger oder auch Pole, Katholik oder Sozialdemokrat. "Der Deutsche" in Bismarcks Kleindeutschland mußte erst erzeugt,

genauer: ideologisch gezeugt werden. Das formell als Bund der beteiligten Fürstenhäuser konzipierte Reich erhielt zwar eine staatsrechtlich tragbare Balance mit dem fort- schrittlichen allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrecht. Das reichte jedoch bei weitem nicht aus, die gewünschte nationale Integration herbeizuführen. Alle Tricks in Bismarcks Repertoire reichten nicht dazu aus, den bunten Haufen von förmlich gekauften, annektierten und zur Einheit gepreßten deutschen Fürstentümern zu einem Nationalstaat zu formen. Trotz Sedan-Feiern und aggressiver neudeutsch-nationalistischer Ideologie konnten die zentrifugalen politischen Kräfte im renovierten Kaiserreich nur bei der Einheitsstange behalten werden, indem man innerhalb kürzester Zeit die "Reichsfeinde" im Handstreich wieder ausbürgerte und z.T. formell - mit Sondergesetzen - zu Bürgern zweiter Klasse machte. Und die Zahl der "Reichsfeinde" war ansehnlich: Sozialdemokraten, Katholiken, Polen, Welfen, Großdeutsche, Dänen, Elsaß-Lothringer, Wallonen und Juden. Das wahre Gesicht dieses mißratenen Nationalstaats sah etwas greller aus als die Abziehbildchen, die die heutige konservative Presse davon verbreitet. Souveräne Köpfe, konservative und andere, sahen das bereits, als das Werk geschmiedet wurde. Der Basler Jacob Burckhardt gehört ebenso dazu wie der Londoner Exilant Marx.

Da dessen Einschätzungen in der DDR bestens bekannt sind, beschränke ich mich auf Burckhardt, der die Reichsgründung ebenso frühzeitig wie Marx als europäische Kriegsmaschine begriff. Am Sylvester 1870 schrieb er seinem Freund Friedrich v. Preen: "Das Bedenklichste ist aber nicht der jetzige Krieg, sondern die Ära von Kriegen, in welche wir eingetreten sind." Schon im September 1870 hatte er die Konstellation des Ersten Weltkriegs prognostiziert: "O, wie wird sich die arme deutsche Nation irren, wenn sie daheim das Gewehr in den Winkel stellen und den Künsten und dem Glück des Friedens obliegen will. Da wird es heißen: vor allem weiterexerziert! und nach einiger Zeit wird niemand mehr sagen können, wozu eigentlich das Leben noch vorhanden ist. Denn nun kommt der deutsch-russische Krieg in den Mittelgrund und dann allmählich in den Vordergrund des Bildes zu stehen". Spätestens 20 Jahre danach trat das "Weiterexerzieren" mit Tirpitz' Flottenplan in seine aktuelle, kriegsnahe Phase. "Der Platz an der Sonne", von dem die deutsche Führung träumte, bedeutete Krieg in alle Himmelsrichtungen.

 Der Krieg nach innen begann, legalistisch drapiert, aller-

dings schon kurz nach der Reichsgründung. Zwischen 1878 und 1890 wurden über die Hälfte der Staatsbürger faktisch aus dem Staatsverband ausgebürgert und politisch, wirtschaftlich oder religiös diskriminiert. Den Sozialdemokraten, allemal die Hauptopfer von Bismarcks Sozialistengesetz, möchte man ein besseres Gedächtnis wünschen: Wo staatliche Herrschaftspraxis die Schubkraft nationalistischer Aufpeitschung rigoros nützt, hat sozialdemokratische und sozialistische Politik nichts zu gewinnen, sondern nur zu verlieren, zuerst ihren guten Ruf und dann die Existenzberechtigung. Wenn sich die SPD heute hüben wie drüben an die Spitze der nationalen Bewegung zur Vereinigung von DDR und BRD setzt, muß sie sich fragen lassen, was sie will: demokratischen Sozialismus oder demagogischen Populismus. Ich glaube auch nicht, daß Willy Brandts Rechnung, sich der nationalen Bewegung zu bemächtigen, um diese nicht den Konservativen zu überlassen, aufgehen wird. Wo soziale und politische Fragen national verkleistert werden, um sie populistisch zu jonglieren, ziehen Linke gegenüber den konservativen Virtuosen in diesem Fach immer den Kürzeren.

Man muß sich klar machen, was sich auf diesem Feld tut, um die aktuelle nationalistische Welle nicht zu unterschätzen: seit Fitz Fischers Buch "Griff nach der Weltmacht" und seit Hans-Ulrich Wehlers "Bismarck"-Buch, um nur zwei exemparische Titel zu nennen, bemüht sich eine gar nicht mehr so kleine Minderheit von westdeutschen Historikern, Sozialwissenschaftlern und Publizisten darum, den Mythos vom ordentlichen Bismarckschen Nationalstaat als nationalistische Legende zu entschleiern. Das rankende Gestrüpp borussophiler Hofgeschichtsschreibung ist endlich etwas gestutzt worden, da ergreifen konservative Presse und rechte Publizisten erneut die Chance, - im Windschatten der Ereignisse zwischen Berlin und Budapest - die alten Platten wieder aufzulegen. Die Zeit des Vormärz und des Deutschen Bundes - also die Zeiten staatenbündlerischer Vielfalt erscheinen wiederum als die reine Hölle, um den Bismarckstaat desto liebevoller als Erfüllung aller nationalen Einheitsträume kräftig herausputzen zu können. Kaum vermochte die kritische Geschichtsschreibung den nationalistischen Lack von diesem Lieblingsbild der deutschen Konservativen abzukratzen, da kommen schon wieder die Spritzenmänner von rechts.
Ein FAZ-Nachwuchsmann schrieb über die Zeit zwischen 1815 und 1866: "Doch diese fünf Jahrzehnte währende Ordnung war offener Krieg gegen die Völker, blutiger Staatsterror 1848. Es gab

damals keinen Demokraten, der nicht auch Nationalist war, und nur reaktionäre Internationalisten" (E.Fuhr, Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte Feb. 1990, S.107). Freilich - zu beschönigen gibt es an der Epoche Metternichs und der Heiligen Allianz nichts, aber einen Vergleich zwischen den obrigkeitsstaatlichen Praktiken Metternichs und Bismarcks braucht jener in der Tat nicht zu scheuen. Und was das Verhältnis von Nationalisten und Internationalisten betrifft, so scheint der Autor - nebenher gesagt - nicht mehr zu wissen oder nicht mehr wissen zu wollen, was es z.B. mit der I. Internationale, aber auch mit bürgerlich-internationalen Organi-sationen aus den Jahren vor 1866 auf sich hat. Hauptsache, die nationale Tönung stimmt. Die Projektion der Verhältnisse im Kaiserreich - wo man national sans phrase oder "Reichsfeind" war - auf das Verhältnis von Demokratie und Nation im Vormärz ist ein starkes Stück Geschichtsklitterung. Der aufgeklärtere Teil der Demokraten hatte den patriotischen Mummenschanz von 1813 durchschaut: Arnold Ruge verhöhnte diesen bereits 1844 und stand damit nicht allein, sondern sprach für viele Demokraten und Sozialisten: Er hatte "den Mut zu hoffen, daß der offizielle Patriotismus nicht im Stande sein wird, über die unpatriotische Freiheit zu triumphieren...Die Nationalen proklamieren die Nation in Bausch und Bogen, der Humanismus dagegen...ist ein Prinzip, welches diese Vaterlandssöhne nicht aufkommen lassen können, ohne zu Grunde zu gehen. Umgekehrt geht die Freiheit zu Grunde, sobald man den Deutschen loben muß, weil er ein Deutscher ist". So viel zu Demokratie und Nation bei den unvernagelten Köpfen. Das schloß nicht aus, daß man sich in der Opposition auch einen deutschen Nationalstaat vorstellen konnte. Ruge und viele andere lehnten es nur ab, einen Staat schon allein deshalb zu wollen oder gar zu loben, weil er sich deutsch kostümierte. "Den Deutschen loben, weil er ein Deutscher ist": das ist haargenau die neueste Stimmung in den westlichen Medien, bei den Meinungsmachern bei den großen Parteien, denen wieder einmal jeder deutsche Hund wichtiger ist als das Schicksal von ganzen Völkern und Kontinenten.

Die deutsche Geschichte des 19. Jahrhunderts ist - für uns heute - auch eine Illustration dafür, daß der revolutionäre Ursprung des Prinzips nationaler Selbstbestimmung mitnichten dafür bürgt, daß nationale Selbstbestimmung immer und unter allen Umständen ein revolutionäres Prinzip darstellt. Grillparzers Wort von den wenigen Schritten, die Humanität, Natio-

nur ein paar Vorüberlegungen dazu vortragen. Zunächst eine terminologische Frage: jede Diskussion ist hinfällig, wenn man begrifflich nicht unterscheidet zwischen dem Selbstbestimmungsrecht, das man seit Rousseau und Kant vernünftigerweise auf Individuen bezieht, Volkssouveränität und der fictio iuris unter der Firma "nationales Selbstbestimmungsrecht".

Der Begriff 'Volk' im Wort 'Volkssouveränität' meint kein völkisches, rassisches oder durch Herkunft definiertes Substrat, sondern ein politisches: das Volk im politischen Sinne bilden die autonomen, rechtsfähigen Bürger, die ihre Sache selbst in die Hand nehmen und über sich selbst bestimmen. Nun gibt es natürlich in der realen Geschichte kein politisches Subjekt namens 'Volk', das nicht zugleich "völkische Qualitäten" im Nationalstaat unerwünscht war. Bismarcks Lösung der nationalen Frage ging von Anfang an auf Kosten der polnischen Bevölkerung in Westpreußen und besonders in Posen, wo die Deutschsprachigen in der Minderheit waren. Nicht genug damit, nach der Reichsgründung intensivierte Bismarck im Namen deutschnationaler Selbstbestimmung die brutale Germanisierungspolitik gegen die polnische Bevölkerung. Das ursprünglich revolutionäre Prinzip verwandelte sich unter den veränderten historischen Bedingungen und in der Hand einer aufstrebenden europäischen Großmacht in ein konterrevolutionäres Unterdrückungsmittel.

Keine Schimäre scheint dauerhafter zu sein als jene, wonach der Nationalstaat die gleichsam natürliche Lebensform der europäischen Völker sei. Erstens waren schon im Jahrhundert der sog. Nationalstaaten die wenigsten Staaten tatsächlich Nationalstaaten, und zweitens impliziert diese Nationalstaatsideologie eine geradezu gemeingefährliche Identifizierung von Staat und Nation, so als ob in Europa - von wenigen isolierten Landstrichen abgesehen - nicht seit Jahrhunderten Menschen verschiedener Nationalität, Abstammung und Herkunft in Staaten oder staatsähnlichen Gebilden zusammenlebten.

Die historische Bilanz des "Rechts" auf nationale Selbstbestimmung muß endgültig erst noch gezogen werden. Ich kann hier nalität und Bestialität trennen, nahm dies ahnend voraus. Aus der Perspektive des 2o.Jahrhunderts wird diese Ahnung zur historischen Gewißheit und - zumal für Deutsche - zum politisch-moralischen Imperativ. Zwischen dem, was man Risorgimento-Nationalismus nennt, also dem Kampf eines Volkes gegen politische und soziale Unterdrückung durch ein anderes Volk bzw.

dessen Dynastie, zwischen einem sozialrevolutionären Risorgimento-Nationalismus und dem aus preußischem Staats- und Machtkalkül herbeigeschossenen und zusammengekauften wilhelminischen Reich liegen Welten. Am polnischen Beispiel läßt sich der Umschlag des nur scheinbar völlig selbstverständlichen Prinzips nationaler Selbstbestimmung demonstrieren. In den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts herrschte in ganz Europa eine Begeisterung für Polen. Eine Sympathiewelle für den polnischen Kampf zog auch durch viele deutsche Staaten. Als es 1848 rhetorisch und nach der Niederlage der Revolution ernsthaft um die Konstruktion eines deutschen Nationalstaats ging, stand bei der Einigung zwischen dem zaristischen Rußland und Preußen fest, daß ein polnischer Sinne von bestimmter Sprache, Tradition und Herkunft besäße. Für den politischen Begriff 'Volkssouveränität' sind die trivialen empirischen Tatbestände, daß jemand deutsch spricht, deutsch sprechende Vorfahren besitzt und vielleicht über die einen oder anderen kulturellen Traditionsbestände verfügt jedoch untergeordnete Momente. 'Volkssouveränität' meint eben nicht, wie ein langlebiges, nicht exklusiv deutsches Vorurteil meint, 'völkische Souveränität'. Politische Autonomie, so die Rechtsstaatstheorie der Aufklärung, sollte gerade nicht mehr länger gekoppelt werden mit wichtigen, aber politisch unerheblichen Momenten wie Geburt, Sprache, Tradition und Herkommen, sondern allen Subjekten gleichermaßen zustehen. Am Ursprung praktizierter Volkssouveränität - also in der amerikanischen Revolution des 18. Jahrhunderts - standen Subjekte unterschiedlicher Sprache, Abstammung, Tradition und Herkunft, die aber bei der Proklamation des modernen Rechtsstaates keine Rolle spielten. Daß man gleichzeitig die versklavten Schwarzen und die eingeborenen indianischen Völker aus der Selbstbestimmung der autonomen Bürger hinausdefinierte, beruht primär nicht auf einem völkisch-nationalistischen Verständnis von Volkssouveränität, sondern auf einem eurozentrischen Überlegenheitsgehabe, das sich als alleinigen und kompetenten Verwalter des zivilisatorischen Fortschritts aufspielte.

Der Übergang von der politischen Parole "wir sind das Volk" zum gesinnungstüchtigen Schlagwort "wir sind ein Volk" bezeichnet haarscharf das Umkippen von Volkssouveränität in völkisch begründete Ansprüche. Daß dies unter kräftiger Mithilfe von außen geschieht, daß dieses Umkippen obendrein medial zelebriert wird als Zeugungsakt eines besseren "Deutschland" und

daß sehr viele Bürger des souveränen Staates DDR in ihrer Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit glauben, mit einem zugleich freiwilligen, abgekauften und erpreßten Verzicht auf Selbständigkeit ihre politischen Ansprüche, wirtschaftlichen Hoffnungen und sozialen Erwartungen am sichersten verwirklichen zu können, kennzeichnet die ebenso komplizierte wie tragische Lage. Manch einer, der heute im "einigen Volk und Vaterland" eine Stütze oder gar den Willen für solidarisches Handeln vermutet, wird wahrscheinlich noch unsanft geweckt werden. Ich glaube nicht, daß die nationale Tünche ausreicht, um alle sozialen Probleme und Konflikte, die sich aus einem Zusammenschluß ergeben, zu übermalen. Ob die nationalen Zauberlehrlinge dann noch anderes anzubieten haben außer Repression nach innen und Gewalt nach außen, ist eine offene Frage.

Die zentrale Frage lautet, ob die Nation als unscharf definiertes Gebilde gemeinsamer Herkunft, Sprache und Kultur, überhaupt dazu taugt, politisch verträgliche kollektive Identitäten auszubilden und zu tragen. Ich bezweifle das; geschichtlich sind so mehr Monstren beschworen, Verbrechen begangen und Phantasmagorien errichtet worden als mit allen anderen Krücken der Identitätsbildung zusammen. Aber ganz abgesehen von den trostlosen Erfahrungen mit der Geschichte national begründeter kollektiver Wahngebilde ist die Frage nach der Nation und ihrer angeblich herstellbaren Einheit anachronistisch und provinziell. Wer heute von der Her- oder Wiederherstellung nationaler Einheiten in Europa spricht, verdrängt nicht nur, was dieses Europa jenseits der Brüsseler Bürokraten-Kalküle ausmacht: ein Jahrhunderte währender Strom von Wanderungen in alle Richtungen mit ganz unterschiedlichen Siedlungs-, Assimilations- und Integrationsformen; die einen blieben eine Saison, die andern ihr Leben lang; die einen paßten sich an, die anderen behielten ihre Sprache. Ganz zu schweigen von den Migrationsströmen, die seit den 60er Jahren vor allem in die westdeutschen Großstädte floßen. Rund 20% der in Frankfurt lebenden Menschen sind Nicht-Deutsche. Wer von nationaler Einheit schwärmt, verkennt nicht nur diese Vielfalt. Statt vernünftiger Integrationspolitik, statt rechtsstaatlichen Garantien für alle Minderheiten, statt großzügiger und vornehmer Toleranz gegenüber kulturellen und religiösen Tradition proklamiert der jüngste Teutonismus allen in der BRD lebenden Ausländern, Flüchtlingen und Asylsuchenden den kalten Nationalitätenkrieg und den westlichen

wie den östlichen Nachbarn und Nachbarstaaten das wirtschafts- und finanzpolitische Halali. Was man durchaus wörtlich nehmen darf: einer, der vor Jahren den britischen Falklandkrieg mit "höherem Ethos" und "brinkmanship" verklärte, trommelt heute den Takt zum nationalen Galopp - K.H.Bohrer von der FAZ ("Warum wir keine Nation sind. Warum wir eine werden sollten", 13.1.1990). Noch erwacht nicht "Deutschland", aber schon das ominöse "Wir", Markenzeichen nicht nur völkisch-nationaler Identitätsfiktionen, sollte hellhörig machen.

Es gibt in Europa, von Liechtenstein abgesehen, kein Land, in dem nicht unter Berufung auf angebliche nationale "Rechtstitel" territoriale Revisionsansprüche formuliert werden könnten - in Sizilien liegt ebenso ein deutscher Kaiser begraben wie in Prag oder in Yuste (Estremadura). Die Parole von der Herstellung nationaler Einheit ist absurd, mit ihrer Steigerung zur vermeintlichen Wiederherstellung nationaler Einheit wächst sie zum Kannibalen-Prinzip. Jeder deutsche Einigungsplan muß deshalb daran gemessen werden, inwiefern er sich demokratisch legitimiert, 1. ohne auf völkische Stimmungsmache zurückzugreifen, und 2. wie er berechtigte Bedenken der europäischen Nachbarstaaten und Nachbarn (was notorisch nicht dasselbe ist!) gegen eine deutsche Vorherrschaft in Europa ausräumt. Beide Bedingungen sind bisher nicht oder nur dem Scheine nach erfüllt worden. Und zwar von beiden Staaten. Eine Übernahme der DDR unter exquisit nationalem Vorzeichen betrifft ja beileibe nicht nur Polen, sondern wirtschaftlich und politisch alle RGW-Staaten, politisch auch alle anderen europäischen Staaten. Und die Art, wie Teile der DDR-Bevölkreung - nicht die Regierung Modrow - mit berechtigten polnischen Ansprüchen und Befürchtungen umspringen, zeigt deutlich deutschnationale Über-heblichkeit gegenüber dem östlichen Nachbarstaat. - Mit dem vorgelegten Tempo und durch telekratische Manipulation werden im Westen vor den nächsten Wahlen Fakten und Sachzwänge geschaffen. Die strukturellen Defizite einer Fernsehzuschauer-Demokratie, die den ver- fassungsmäßigen Souverän erst einmal zum passiven Betrachten dessen verdammt, worüber er beim nächsten Wahltermin mit Sicherheit nicht mehr gefragt wird, weil "es" sich dann bereits als "Realität" installiert haben wird, werden hier deutlich sichtbar. Die Bevölkerung in der DDR wurde zwar jüngst gefragt, aber wonach weiß wohl niemand so genau zu sagen nach der monatelangen Panikmache, die die ohnehin gebeutelte Bevölkerung noch mehr entmutigt und verwirrt haben dürfte. Die europäischen Nachbarn und Nachbar-

staaten der DDR und der BRD dürfen sich mit der Rolle als Communiqué-Empfänger und Zuschauer begnügen. Die Alliierten beschränken sich mehr oder weniger auf diplomatisches Lavieren hinter verschlossen Konferenzräumen.

Wir sollen uns an eine neue Periodisierung gewöhnen. Und zwar an eine Periodisierung, die die jüngere deutsche Geschichte etwas pflegeleichter macht. Das "Dritte Reich" wurde nach dieser Lesart nicht mehr mit vereinten Kräften niedergerungen, nachdem es sich durch seine Verbrechen selbst aus dem Kreis sogenannter zivilisierter Staaten eliminiert hatte, sondern verlor in einem nationalen Krieg "einer gegen alle". Nicht seine Taten verdammten demnach das Reich aus der Geschichte, sondern die Landung der alliierten Truppen, was nur im militärischen, aber nicht im historischen und politischen Sinne richtig ist. Die Singularität der nationalsozialistischen Verbrechen erlischt. Damit wird die Befreiung vom Nationalsozialismus heruntergestuft zu einer ganz normalen militärischen Niederlage. Die Befreier heißen nach der halboffiziellen Sprachregelung denn auch wieder "Siegermächte". Der Untergang und die Aufteilung des nationalsozialistischen Deutschland steht in dieser Perspektive in keinem genuinen Zusammenhang mit seiner eigenen Geschichte, sondern gilt nunmehr als unverdient harte Konsequenz aus den Querelen der vormals Alliierten im Kalten Krieg.

Die Verzahnung von Geschichte und Gegenwart erscheint dem deutschen Konservatismus immer mehr als entbehrlicher Ballast. Das Ballastabwerfen begann schon sehr bald nach 1945, verstärkte sich jeweils bei den sogenannten Verjährungsdebatten über die Nazi-Verbrechen.
Im Jahre 1968 ist der Konsens einer überwältigenden Mehrheit der Bundesdeutschen, daß es mit der Vergangenheit sein Bewenden haben sollte, erstmals breitenwirksam aufgekündigt worden. Verdienstvolle wissenschaftliche Ansätze dazu gab es zwar schon früher, aber diese kursierten nur in einem relativ kleinen Fachpublikum. Erst die Studentenbewegung machte zunächst in der akademischen, dann aber auch in einer breiteren Öffentlichkeit bewußt, daß in der jüngsten Geschichte noch etwas war, das der Aufklärung bedurfte. Die Vätergeneration, die leibliche und die akademische, mußte antworten, und die meisten taten dies in einer Weise, die das Wissens- und Erklärungsbedürfnis der Nachgeborenen nicht be-

friedigte. Damit war zunächst der akademische Konsens des Bewältigens der Vergangenheit nachhaltig gestört, bald zerbrochen. Aber auch die Mauern des Beschweigens und Nicht-Wissens in einer breiteren Öffentlichkeit stürzten nach 1968 zusammen, weil viele jüngere Wissenschafter in Publizistik und Medien dafür sorgten, daß die Vergangenheit nicht Vergessen, sondern kritisch durchleuchtet wurde.

Große Teile einer Akademikergeneration mit Ausläufern über diese soziale Schicht hinaus gelangten durch die Beschäftigung mit der deutschen Geschichte zur lebensgeschichtlichen und politischen Distanzierung, ja zum Abbruch der Beziehungen zu ihrer sozialen und politischen Herkunft, zu ihrer Sozialisation im bigotten Adenauer-Staat. Der Bruch war bei vielen - keineswegs bei allen, wie sich heute herausstellt - tief und endgültig und ließ natürlich auch das Verhältnis zur Nation nicht ungeschoren. Die Absage an nationale Gesundbeterei und nationalistische Überheblichkeit, wie sie in der Wirtschaftswunder- und Täter-Generation bald grassierte - "wir sind wieder wer": zuerst beim Fußball, dann beim Export, heute in der Weltpolitik - , ja die tiefe Skepsis gegenüber allem, was national kostümiert daherkommt, haben auch die Konservativen der Studentenbewegungs-Generation bis heute nicht verziehen. Einer, der 1968 zwar erst 14 Jahre alt war, zeigt, was alles möglich ist, wenn Deutschnationale erwachen und das angebliche "nationale Trauma der Linken" erklären. Die Geschichte der nationalen Formierung seit 1848 wird so platt gewalzt, daß alle Gewalt, alles Unrecht und alle Verbrechen verschwinden. Nur die Generation von 68 läßt sich nicht ins Zelt deutscher Gemütlichkeit hineinzerren. Ihr gebührt deshalb der gesamtdeutsche Haß: "Das nationale Trauma der Linken ... ist später entstanden, es hängt nicht mit der deutschen Nationalgeschichte der letzten hundertfünfzig Jahre, sondern mit der bundesrepublikanischen Geschichte der letzten zwanzig Jahre zusammen. Die Revolte von 1968 fegte letzte deutsche Traditionsbestände weg und machte die Westorientierung der bundesrepublikanischen Gesellschaft hundertprozentig. Die politische Linke hauchte dabei ihre Seele aus, sie vergaß 1789 und betrieb politische Erneuerung im Geiste der Schülermitverwaltung. Die Heroen der Drittelparität eroberten Lehrstühle, Redaktionen und Parteiapparate und formulieren seitdem emsig jenen bundesrepublikanischen Mittelschichten-Konsens, der sich jetzt als fauler Zauber erweist" (E.Fuhr, a.a.O., S. 108). Da kennt wieder einmal einer nur noch

zweierlei - "seine" Nation und deren Feinde. Vor Alt-Nazis braucht sich in Europa niemand mehr zu fürchten; teutonische Planierraupen dieser Art sind bei weitem gefährlicher. Derselbe Autor brachte des spielend fertig, das Ausländerwahlrecht abzulehnen, indem er den Begriff 'Volkssouveränität' völkischrassisch umbog mit dem Hinweis auf "die Reinheit...des Prinzips", das er als "ein strenges, stolzes und,..., auch 'intolerantes' Prinzip" (FAZ 11.2.1989) verstanden haben möchte.

Die Suche nach einer Neu-Periodisierung der deutschen Geschichte hat einen ziemlich präzis benennbaren Anfang. 1983, anläßlich der 50. Wiederkehr der Übergabe der Macht an Hitler am 3o.1.1933, setzen die seither immer lauter werdenden Aufrufe zum Vergessen und kollektiven Beschweigen ein. Die Debatten über die Versöhnungsfarce in Bitburg und der Historikerstreit waren weitere Stationen. Nun scheint die endgültige Verabschiedung der diskreditierenden deutschen Vergangenheit in Blickweite. Denn es wurde etwas gefunden, mit dem eigene Verbrechen, historische Verantwortung und Erinnerung und säkunationalen Formierung seit 1848 wird so platt gewalzt, daß alle Gewalt, alles Unrecht und alle Verbrechen verschwinden. Nur die Generation von 68 läßt sich nicht ins Zelt deutscher Gemütlichkeit hineinzerren. Ihr gebührt deshalb der gesamtdeutsche Haß: "Das nationale Trauma der Linken ... ist später entstanden, es hängt nicht mit der deutschen Nationalgeschichte der letzten hundertfünfzig Jahre, sondern mit der bundesrepublikanischen Geschichte der letzten zwanzig Jahre zusammen. Die Revolte von 1968 fegte letzte deutsche Traditionsbestände weg und machte die Westorientierung der bundesrepublikanischen Gesellschaft hundertprozentig. Die politische Linke hauchte dabei ihre Seele aus, sie vergaß 1789 und betrieb politische Erneuerung im Geiste der Schülermitverwaltung. Die Heroen der Drittelparität eroberten Lehrstühle, Redaktionen und Parteiapparate und formulieren seitdem emsig jenen bundesrepublikanischen Mittelschichten-Konsens, der sich jetzt als fauler Zauber erweist" (E.Fuhr, a.a.O., S. 108). Da kennt wieder einmal einer nur noch zweierlei - "seine" Nation und deren Feinde. Vor Alt-Nazis braucht sich in Europa niemand mehr zu fürchten; teutonische Planierraupen dieser Art sind bei weitem gefährlicher. Derselbe Autor brachte des spielend fertig, das Ausländerwahlrecht abzulehnen, indem er den Begriff 'Volkssouveränität' völkischrassisch umbog mit dem Hinweis auf "die Reinheit...des

Prinzips", das er als "ein strenges, stolzes und,..., auch 'intolerantes' Prinzip" (FAZ 11.2.1989) verstanden haben möchte.

Die Suche nach einer Neu-Periodisierung der deutschen Geschichte hat einen ziemlich präzis benennbaren Anfang. 1983, anläßlich der 50. Wiederkehr der Übergabe der Macht an Hitler am 3o.1.1933, setzen die seither immer lauter werdenden Aufrufe zum Vergessen und kollektiven Beschweigen ein. Die Debatten über die Versöhnungsfarce in Bitburg und der Historikerstreit waren weitere Stationen. Nun scheint die endgültige Verabschiedung der diskreditierenden deutschen Vergangenheit in Blickweite. Denn es wurde etwas gefunden, mit dem eigene Verbrechen, historische Verantwortung und Erinnerung und säkulare Schuld in einem Aufwasch verrechnet werden können. Der Antikommunismus war nie nur der Leim, der die bundesdeutsche Gesellschaft - bis 1968 erfolgreich - zusammenhielt, sondern zu diesem Antikommunismus gehörte auch, daß sich mit ihm stalinistische und nationalsozialistische Verbrechen bilanzieren, d.h. vergleichend gegenüberstellen ließen. Seit SED-Regime und DDR-Sozialismus zusammengebrochen sind, wird die Verrechnung noch versimpelt.

Nazi-Regime und SED-Herrschaft werden faktisch auf dieselbe Stufe gestellt. Konservative Presse und Medien führen das täglich vor: Von "Vergangenheitsbewältigung", "Wiedergutmachung" etc. ist geradewegs so die Rede, als ob die unbezweifelbaren Verbrechen des stalinistischen wie des nachstalinistischen Sozialismus in der DDR nur entfernt mit den nationalsozialistischen oder auch nur mit jenen Stalins in der Sowjetunion vergleichbar wären. Derlei überrissene Gleichsetzungen sollen das ohnehin weitgehend Verdrängte endgültig dem Vergessen überantworten und die Spätgeborenen entgültig entlasten.

In diesem Zusammenhang unterstellt man Linken, die einen schnellen Ankauf der DDR ablehnen, sie wollten das Reich in der Zweistaatlichkeit begraben, um die Verbrechen der Vätergeneration vergessen zu machen, indem sie sich eine exklusive BRD-Identität zulegten. Als ob ausgerechnet eine "totaldeutsche Identität" dafür bürgte, daß die Vergangenheit nicht im Vergessen aufginge! Das klingt etwa so logisch und überzeugend, wie die Behauptung, ein Spiegel werde desto klarer, je greller man ihn schwarz-rot-gold einfärbt. Ein

neudeutscher Umlerner der ersten Stunde warf den Linken "Annihilierung der Nation durch Auflösung in zwei Teile" vor. Die Formulierung verrät die Kontinuität: Linke sind allemal und allesamt "vaterlandslose Gesellen" und "national unzuverlässig" in der Stunde der Entscheidung. Linke könnten, selbst wenn die wollten "die Nation" oder "Gesamtdeutschland" nicht "annihilieren", denn diese Nation hat sich mit den säkularen Verbrechen, die in ihrem Namen begangen worden sind, als politisches Subjekt - nicht als Nation im trivial-empirischen Sinne, daß es Menschen gibt, die deutsch sprechen, sich auf deutsche Traditionen und deutsches Herkommen (was immer das bedeute) berufen - selbst vernichtet. Ich bemühe jetzt nicht jene Chiffren, die viele noch für geeignet halten, aussprechbar zu machen, was sich gegen begriffliche Erfassung und diskursive Aufbereitung sperrt. Ich möchte jedoch der gemütlichen Meinung widersprechen, die These der Selbstliquidation der deutschen Nation als politisches Subjekt durch ihre Taten zwischen 1933 und 1945 bedeute die Verabschiedung der politischen zugunsten einer bloß noch moralischen oder moralisierenden Argumentation.

Die sinnvolle Trennung von Politik und Moral verliert ihre Rationalität, wenn sie dazu eingesetzt wird, den bescheidenen Bestand an Einsichten, die man aus dem Trümmerhaufen Geschichte ableiten kann, zu verkleinern. Zu diesen Lehren gehört, daß Politik und Moral zwar unterschieden werden müssen, aber alles Politische einen irreduziblen moralischen Kern besitzt, ohne den Politik mit Technik und Verwaltung zusammenfiele.

Wenn man auf der These von der Selbstliquidation der deutschen Nation als politisches Subjekt besteht, verabschiedet man sich nicht aus der Politik, sondern erinnert an den barbarischen Reduktionismus, der mit den Begriffen "deutsche Nation", "Rasse", "Blut" und "Boden" begann und die Doppelnatur des Menschen als eines zugleich individuellen und gesellschaftlichen Wesens im Namen der Herstellung einer privilegierten "deutschen Volksgemeinschaft" bestritt, was für Millionen von Menschen Versklavung und Tod bedeutete, - eingeschlossen Deutsche, die sich - aus welchen Gründen auch immer - für diese exklusive "Gemeinschaft" einsetzten. Neudeutsches Auftrumpfen, gewachsen aus wirtschaftlicher Potenz, die Absatzmärkte fand, muß die historisch-politische Erinnerung allerdings als Moralisieren denunzieren, weil ihm vor dem Blick in den Spiegel der Vergangenheit graut.

Geschichtslosigkeit manifestiert sich seit je auf zweierlei Art. In ganz simpler Art: geschichtslos lebt die bundesdeutsche Kreditkarten-Karibik-Konsum-über-alles-Klientel. Das steht auf einem anderen Blatt. In einem viel radikaleren Sinne geschichtslos denkt jene konservative Intelligenz - mit Anhängern bis in die Sozialdemokratie hinein -, die jetzt mit der deutschen Nation mobil macht, als handle es sich dabei um einen x-beliebigen Exportartikel. Solche radikale Geschichtslosigkeit beherrschen auch alle unzulänglichen Vergleiche mit der holländischen, polnischen, französischen oder spanischen Nation und deren Nationalismen, die den neudeutschen Nationalismus rechtfertigen helfen sollen.

Unvermeidlich steht am Kulminationspunkt solchen geschichtslosen Daherredens seit der Romantik der Rekurs auf "die tieferen geistigen Dimensionen von Völkeridentitäten" (K.H.Bohrer), dem liebsten Phantasma der Deutschnationalen wie ein Ideologe mit dem Blick fürs Trübe sagt. Bei Tageslicht besehen ist es freilich nur der alte "heilige Wahn in allen Herzen", von dem schon der Deutschtümler Ernst Moritz Arndt einst träumte. Wir haben heute allen Grund der postmodern aufgepäppelten Version jenes "heiligen Wahns" gründlich zu mißtrauen.

DEMOKRATIE JETZT

Links und Rechts als Etiketten taugen wenig zur Beschreibung. Was vorschnell links genannt wurde, die Vorstellungen der Bürgerbewegungen im Bündnis '90, könnte ebenso als konservativ bezeichnet werden. Die Menschen in diesen Bürgerbewegungen sind es, die aufgestanden waren mit dem Willen, ein System zu verändern, damit Menschlichkeit bewahrt bleibt und nicht auf Dauer von einer politbürokratischen Diktatur mit Füßen getreten wird. Die Kraft, die vom Einzelnen ausgeht, soll Platz haben zur Entfaltung. Denn erst so kann auch Solidarität in einer Gesellschaft wachsen. Nicht von ungefähr heißt es

BÜRGER-BEWEGUNG.

BürgerInnen sind nicht bloß Zuschauer der Demokratie sondern handelnde Subjekte in einer Demokratie. Sie haben ein Recht darauf, sich an allen Orten, auch zwischen den Wahlen, einzumischen in Politik, die ihre Sache ist, weil sie davon betroffen sind. Die Bürgerbewegungen sind es, die jetzt darum kämpfen, daß in einer neuen Wirtschaftsordnung die sozialen Rechte derer gewahrt bleiben, die nicht die Chance haben, Unternehmer zu werden. Es gilt, Kindern und Rentnern, die auf Hilfe angewiesen sind, einen gleichberechtigten Platz in der Gesellschaft zu bewahren und vielfach erst zu schaffen. Arbeitslose und alleinerziehende Mütter und Väter brauchen soziale Sicherungen. Dies sind nur wenige Beispiele, die sich gemeinsam beschreiben lassen:
Der Weg von einem totalitären System, das sich Sozialismus nannte und Stalinismus war, muß sich daran messen lassen, was auf ihm an menschlichen Beziehungen bewahrt bleibt und hinzugewonnen wird.

Freiheit bedeutet immer auch die Freiheit der Schwächeren, in Würde zu leben.

Die deutsche Frage ist nicht nur eine wirtschaftliche und politische sondern vor allem eine soziale Frage, auf die schnell eine Antwort gefunden werden muß. Wenn das linke Politik zu nennen ist, dann bitte. Meinetwegen auch konservativ. Doch was immer auf dem Etikett steht, auf den Inhalt kommt es an!

DM SPENDEN AN:

DEMOKRATIE JETZT; Adam

Konto: 47 91 000 90

Bankleitzahl: 100 400 00

Berliner Commerzbank

MARK-SPENDEN AN:

DEMOKRATIE JETZT

Konto: 6652-38-31088

Sparkasse Berlin

Bernd P. Löwe

Deutschland - ein Sicherheitsfall in Europa

Stagnation und Revolution haben eines gemeinsam: Es sind die Formeln der Demagogen. Schon der selbstbestimmte Ruf "Wir sind das Volk!" enthielt Widersprüchliches und nahm undemokratische Ausgrenzungen vor. Bereits das erste Grölen "Wir sind ein Volk!" ließ die Wende in der Wende ahnen. So erbärmlich denn auch die Hysterie, wenn der Dirigent den Taktstock hebt und sich mit Chorälen "Helmut - wir sind Dein Volk" feiern läßt. Die fanatische Hypertrophierung ist allen bekannt. Millionen hat sie sich unauslöschlich ins historische Bewußtsein eingegraben; und sie haben verständlicher Weise Angst - ich auch.

Oder ist alles ganz harmlos, weil doch hinter den populistischen Losungen und der Wahlkampfphraseologie schließlich und endlich das triviale Motiv des Habens sich verbirgt, das neidvolle Möchtegern-Sein der betrogenen consumer und nicht die nationale Würde von "Deutschland einig Vaterland" die Herzen ergreift, sondern die pekuniäre Gier von "Deutschland einzig Mark-Verband" die Füße lenkt? Deshalb doch ist es eng geworden, weil Entscheindungszeit verrinnt und nun gar der selbstgekürte "Einheitskanzler" nach der Okkupation des Slogans vom "einen Volk" in die Rolle des Goetheschen Zauberlehrlings geraten ist, wo ihm doch Gorbatschows Worte einen "glücklichen Tag" bereiteten, einen - darunter macht er's nicht - "historischen" zudem; vielleicht erklärbar, wenn sich am Ende der Geisterbeschwörung "unser Land" zum Nulltarif und besenrein schlucken läßt und die Meister in Washington und Moskau denen, die schlucken, auf den Rücken klopfen, damit denn auch des Verdauungsbäuerchen gelingt. Schon spricht man vom nächsten Wirtschaftswunder, das über jenes eines Ludwig Erhard hinausgehe und also einen ökonomischen Koloß gebiert, da im Nach- und Aufholebedarf der Ähnlichkeitshungrigen in den östlichen Landesteilen "besonderer Fleiß", "besondere Wertarbeit", "besondere Disziplin", nicht zuletzt "besondere Untertanentreue" als typisch deutsche Tugenden Konjunktur erhalten. Es gehört kein futurologischer Instinkt

dazu, wenn zu prognostizieren ist, daß wirtschaftliche Kraft in politische Stärke umschlägt; und man sieht den verblichenen Franz-Josef St. grinsen, wenn er hört, daß dem "Riesen" eine Militärmacht zugedacht wird, die aus der Synthese von Bundeswehr und NVA hervorgeht; gestaunt hätte er sicher, wenn er vernommen hätte, daß solche supermilitaristische Planung nicht von der Bonner Hardthöhe, sondern aus dem Strausberger Ministerium zu hören war - bescheiden mit " 300 000 Mann Friedensstärke" beginnend, ausbaufähig also bei passender Gelegenheit ... Deutschland armes Vaterland!

Natürlich liegen zwischen dem Deutschland von 1933, in dem man sich anschickt, Europa zu germanisieren, tausendjährig und mit Weltkrieg, Völkermord und Holo Caust, und einem Deutschland, das 1993 die wirtschaftliche Dominanz eines Gemeinsamen Marktes ausspielen wird, nicht nur 60 Jahre Geschichte, die alle weltpolitischen Akteure verändert hat. Wenn es denn nun sein soll, dieses eine Deutschland, wohlgemerkt in den Grenzen von 1990 und nicht ohne Vier-Mächte-Verantwortlichkeiten und KSZE-Garantien, was könnte es konstruktiv einbringen zu einer Hausordnung, die auch alle legitimen Interessen der Mietergemeinschaft des Hauses Europa respektiert, ja ihre Befriedigung im Konsens befördert?

Kohlsche "Rumeierei" ist man international ja zur Genüge gewohnt; doch außer in Deutschland wird dazu nirgendwo Verständnis aufgebracht, die Bündnispartner sind einfach intelligent genug und wollen sich durch politischen Unsinn nicht belasten lassen. Das Schadensrisiko allerdings und für alle Deutschen vergrößert sich, und sei es nur dadurch, daß politische Drahtseilakte ungetilgte Aversionen aufblühen lassen, die sich flugs in antideutsche populistische Politik umsetzen lassen - Wählerstimmen braucht jeder, auch im Ausland, und die politischen Zwecke heiligen dann allemal die Mittel.

Sicherheitspolitische Bedenklichkeiten erwachsen - weniger bei rüpelhaften Kraftakten von Reichsbannerträgern und Grenzrevisionisten vom Schlage eines Czaja & Co. - , sondern vielmehr dann, wenn an den traditionellen Paradigmen der Abschreckung festgehalten wird und wenn in geopolitisch sich verändernde Räume mit militärischer Präsenz vorgestoßen werden soll. Eine Verharmlosung der ins Visier genommenen Ostausdehnung - und seien es nur etwa 200 km - der NATO über Bundeswehrkontingente sollte

niemand verharmlosen; die Genschersche Kreidelinie ist auch noch nicht der Weisheit letzter Schluß. Könnten Demilitarisierung und Neutralismus in diesem östlichen Teil Deutschlands wenigstens so lange als Durchgangsstadium akzeptiert werden und von einer teilsouveränen Staatlichkeit DDR organisiert und verwaltet, durch KSZE-Gremien garantiert und kontrolliert, bis eine neue, tragfähige, entwicklungsfähige Friedensordnung dem Haus Europa eine Chance gibt?

Ob jedoch der Europäisierungsprozeß, von der europäischen Einheit mag ich ob der damit verbundenen semantischen Unschärfe bei tatsächlichen Kontrasten und ob der saloppen Nivellierung realer Dissonanzen und Asymmetrien gar nicht sprechen - ob also europäische integrative Prozesse bereits so kräftig sind, daß sie nationale Eigenbrötelei ins Museum verbannen, daß sie sich dominant gegenüber latentem Regionalismus und der Gefahr einer Balkanisierung in Mitteleuropa erweisen, das wird nicht zuletzt auch davon abhängen, ob in der heute zu verantwortenden deutschen Politik bereits europäisch gedacht wird oder ob die nationalistische Trunkenheit strategische Weitsicht verhindert und dann fast 80 Millionen in neue Unmündigkeit treibt.

Es wäre zu wünschen, man könnte aus dem Pathos eines Jean-Francois-Poncet eine ansehnliche Portion Optimismus abgewinnen, wenn er in der "Zeit" vom 16.2.1990 deklamiert: "1990 Europa macht Geschichte. Die Teilung verblaßt. Die Freiheit triumphiert. Menschenwürde, Vernunft, Recht, Werte, die Europa erfunden hatte, bevor es sie schleifen ließ, siegen. Zwischen Atlantik und Ural kommt ungeheure Hoffnung auf."

Wenn nun aber der Europäisierungsprozeß von keinem Demilitarisierungsprozeß flankiert wird, muß alle Hoffnung schwinden. Der Schlüssel für das Tor zu einer Neuen Europäischen Friedensordnung liegt in Deutschland. Einige der sicherheitspolitischen Wege und Irrwege, die Deutsche zu gehen kundgetan haben, verdienen ob ihres Nutzens resp. Schadens für die Völker Europas nähere Aufmerksamkeit.

Bei den Irrwegen muß man sich, soweit ihre textgebundene geographische Verortung in der DDR vorzunehmen ist, mit zwei Varianten auseinandersetzen: einmal mit Positionen, die auf der Block-Logik des "alten Denkens" beruhen, und zum anderen mit Ansätzen, die einem "DDR-nationalen" Schema in Korrespondenz mit ahistorischem Denken verhaftet sind; innerhalb beider wie zwischen ihnen e

stiert Typenvielfalt, auf die hier konkret einzugehen, Zeit und Anlaß nicht rechtfertigen.

1. De- und Entmilitarisierung in Europa wird unter der Voraussetzung gedacht, daß die NATO und die WVO Sicherheitsgaranten darstellen und noch immer nach dem Prinzip der Gleichheit und der gleichen Sicherheit zu verfahren sei; die Militärbündnisse werden für gemeinsame Sicherheit sorgen; außerdem habe die WVO hinreichend einseitig abgerüstet, so daß es ein Fehler wäre, wenn - solange es sie noch gibt - die DDR, wie es der "Appell der 89" fordert, bis zum Jahre 2000 sich entmilitarisieren würde. Weil in der Tagespolitik von Realitäten auszugehen sei, liege das Schwergewicht ohnehin beim KSZE-Kontext und insbesondere in Wien (so Oberst Herbert Klein in "Neues Deutschland" vom 27./28. Jan. 1990). *Genau das ist die Art, machbare Sofortprogramme der Abrüstung in der DDR zu verteufeln.*

   Einzuwenden ist, daß von Realitäten ausgegangen wird, die entweder nicht existieren oder nur durch Verzerrung "stimmig" gemacht werden können. Zum einen sind NATO und WVO nicht apriorie Sicherheitsgaranten, denn es hat durch ihre Mitglieder Krieg und Invasion gegeben, zwischen beiden Pakten sogen. Stellvertreterkriege, den nicht minder verlustreichen Kalten Krieg und selbst angesichts seines wahrscheinlichen Endes eine Fortführung qualitativen Wettrüstens. Die Partnerschaft in der Abschreckung dient nicht positiver Friedensstrategie, sondern gleicht der Kumpanen-Absprache rivalisierender Gangs zur Abgrenzung ihrer Einflußsphären. Zum nächsten: Solche eine Sphäre beginnt sich augenblicklich von selbst aufzulösen, was keine "Politik der Stärke" vermochte, und ergo zerbröselt der Existenz-Sinn einer sich selbst als "Antipoden" definierenden Organisation. Folglich: Nicht die Revitalisierung der alten Militärbündnisse, sondern ihre Auswechselung vermittels alternativer (nichtmilitärisch/ziviler) Sicherheitsorganisationen und -garantien muß strategisches Handeln leiten.

   Die Absurdität auf die Spitze trieb ein Vorschlag, wo der unverzügliche Beitritt der DDR zur NATO und der BRD zur WVO als "Sicherheitsscharnier" zwischen Ost und West gefordert wurde, also der "Pakt der Pakte", wo es um deren historische Überlebtheit geht, da der traditionelle Ost-West-Konflikt ausdörrt, damit die Existenzberechtigung seiner Instrumentarien entfällt und ihre Legitimationskrise längst die Medien füllt. *Die Beschreibung der Lage in der NVA mit "desolat" grenzt schon fast an Verniedlichung — NVA läßt sich transformatorisch buchstabieren: Nationale Verneinung Abrüstungsverweigerer.*

Die alten Bündnisbeziehungen und anachronistischen Blockbindungen sollen offenbar durch kombinatorische Kunstgriffe innerhalb des scheinbar Bewährten konserviert werden, was nicht nur zum Ende des KSZE-Prozesses führen würde, sondern auch Chancen gesamteuropäischer Integration vereiteln müßte. Übri-gens: "Sozialistische Landesverteidigung" macht nur Sinn, wenn es Sozialismus als verteidigungswürdiges Gut gibt und wenn dieses Gut durch andere aggressiv begeht wird, angeeignet, so vereinnahmt werden soll, daß der Begehrlichkeitsgrad gar die Kosten eines Krieges rechtfertigt, wenn man eine rationale Gewinn-Verlust-Kalkulation voraussetzt. Was es nicht gibt, kann man nicht haben, weder bedrohen noch verteidigen. Das ist heute die bittere Logik und das Gegenteil von dem, was mit Rekonstruktion von Lagermentalitäten hinter einer bunten Tapete zu tun hat. Letztlich sind die beschworenen Beschwörungen von NVA-Obristen ohne jeder moralischen Legitimität und offensichtlich ganz und gar Söldner-Mentalität - wenn der Sold nur konvertierbare Währung ist. Auch deshalb bleibt es bislang eine ungelöste Aufgabe, das kritisch auf- und abzuarbeiten was z.B. im Namen der Friedensforschung in diesem Lande postuliert wurde, wenn die Rede war von der Sieghaftigkeit des Sozialismus bei der Überwindung des Imperialismus (so Hermann Axen in seiner katechetischen Rede zur Gründung des "Wissenschaftlichen Rates für Friedensforschung" am 26.10.1987) und wenn - in "Dankesworten" darauf bezogen und devot adressiert - deklariert wurde, daß sich Friedensforschung auf Imperialismusforschung stützen muß und wird, wenn sie zu "sozialistischer Europapolitik" betragen darf (so bei M. Schmidt, Dankesworte an Axen, beides in: Forschung für den Frieden, I-II/1988).

2. Wenn "Nation" und "DDR" semantisch äquivalent behandelt werden und ergo "DDR-nationale" Konzepte von Sicherheit, Militärkoktrin, Abrüstung und Konversion sowie Verifikation konstruiert werden und die historisch absehbare Endzeitlichkeit der DDR ignoriert bzw. die Tatsache, daß es zu keiner eigenständigen Nationenbildung mit sozialistischem Vorzeichen gekommen ist, verschwiegen wird, dann ähnelt dies einer Synthese von Blindheit und Taubheit (so geschehen in: M. Schmidt/W. Schwarz, Sicherheitsinteressen und -probleme der DDR - Offene Fragen und Denkanstöße, In IPW-Berichte, 2/1990, S. 34 ff.). Denn der konzeptionelle Rückfall ist ein mehrfacher:

Einmal ist in einem Zeitalter, wo kollektive Sicherheit nicht nur angesagt ist, sondern mit dem Ausbau, der Institutionalisierung

und demokratischen Komplettierung des KSZE-Prozesses Realität werden können und müssen, eine Beharrung auf national-egoistischen Positionen schädlich, selbst wenn diese durch das DDR-Fähnlein verziert werden; durch eine großdeutsche Flagge erst recht – die kaiserliche Kriegswimpel waren bereits Montags-Demos – eine unfreiwillige Einstimmung zum nächsten Schlachtfeld. Auf solche Mündigkeit kann verzichtet werden.
Zum anderen ist eine Erarbeitung von "DDR-nationalen" Programmen mit dem Anspruch auf Perspektive und strategische Dimension substantiell unsinnig a) weil die DDR als Mitglied in dem WVO deren Doktrin unterliegt und selbst ein partieller oder vollständiger Austritt nicht zum souveränden Nationalstaat, sondern auf den Weg zur deutschen Einheit innerhalb eines europäischen Kollektivs führt, b) weil Abrüstung und Konversion hier und heute nicht eine Frage des "ob", sondern des "Wie umgehend" ist, weil eine kollabierende Wirtschaft - beinahe wäre die demagogische Vokabel "Volks-Wirtschaft" gefallen - totale Inkompatibilität von Militär und Gesellschaft bedeutet, c) weil Verifikation in einem tendentiell einen Land, wo dann Deutsche über Deutsche in Deutschland verifizieren, Selbstverifikation also keinen Sinn ergibt - strategische Onanie wäre wohl so treffender zu charakterisieren.

Schlie-Olich: Strategisch denken darf nicht reduziert und eingebunden werden in einer "Euquête-Kommission von zivilen und militärischen Experten" bei der "Volkskammer" (vgl. ebd.) oder bei anderen "Experten" wie schon gar nicht in der z.T. fortgesetzten Hinterlassenschaft der Honecker-Ära als sogen. "Wissenschaftliche Räte" oder in Mode gekommene scheinunabhängige "Initiativen" bzw. "Studiengruppen", gleich um welche Art Tische sie sich scharen mögen. Kreativität und Innovation erwachsen nicht primär im Verbund zu expertokratischer Dienstleistung, so notwendig sie im einzelnen auch sein mag, sondern es bedarf einer politischen Kultur, in der Pluralismus und die Offenheit ebenso selbstverständlich sind wie basisdemokratische Initiativen und Einflußnahmen.

Außerdem ist das Leben in Frieden und Gerechtigkeit eine viel zu kostbare Sache, als daß man es selbsternannten oder fremdberufenen "Experten" anvertrauen sollte; schon gar nicht, wenn sie - wie unter dem Markenzeichen "Marxisten-Leninisten" in der Vergangenheit geschehen - zwei wesentliche friedensstiftende Prinzipien außer Kraft setzten bzw. diskreditierten: 1. Das Leninsche Konzept von der Volksdiplomatie wurde nicht nur geistig ignoriert, sondern man scheute es auch praktisch wie der Teufel das Weihwasser. 2. Der erkenntnisleitende Grundsatz sine ira

et studio hatte in der etatistisch vereinnahmten bzw. auf Parteiauftragserfüllung bedachten sogen. Friedensforschung keine Daseinsberechtigung und folglich blieb Wahrheit vielerorts auf der Strecke. FriedensarbeiterInnen und FriedenserzieherInnen sowie FriedensforscherInnen tragen in Deutschenland und für Europa eine große Verantwortung, daß der deutsche und der europäische Einigungsprozeß dem basis- wie dem allgemein-demokratischen Potential größere Einflußmöglichkeiten schafft und daß dafür auch der unverzichtbare intellektuelle Vorlauf erarbeitet werden kann. Insofern haben sich nicht Friedens- und Konfliktforschung einer Legitimationspflicht zu unterziehen, sondern tragen jene Legitimationsschuld, die sich ihrer Existenz und Entwicklung als kritischer Theorie und engagierter Wissenschaft entgegenstellten bzw. sich ihren Resultaten selbstherrlich und arrogant (heute nach verschließen.

Wenn für die Vergangenheit in diesem Land reklamiert wird, daß nicht alle wissenschaftliche Arbeit zur Hure der Politik gemacht wurde, so ist dies zwar richtig, doch nur ein schwacher Trost (vgl. in: H.-J. Gießmann, Zufriedenheit oder Herausforderung. DDR-Sicherheitspolitik - Bilanz und Perspektiven). Denn nur wenn Freiheit in Forschung und Lehre selbstverständlich sind und Pluralismus garantiert ist, kann eine Synthesis zwischen Theorie und Praxis wachsen, wo fürderhin nicht auf Holz- oder Irrwegen Außen- und Sicherheitspolitik stattfindet, sondern auf alternativen Wegen Friedensgestaltung und -entwicklung qualifiziert wird. Maßstab für Denkansätze und Handlungsmaxime ist der Zugewinn an Überlebenschancen resp. Lebensqualität, m.a.W. ist garantiertes (komplexes) Sicherheitswachstum, so daß für hier und heute sofort in programmatische Schritte umzusetzen ist:

1. Was reduziert die Gefährdung der Ostsee und was kann Anliegern und Nutzern dienlich sein? Die Antwort reicht von der Minimierung tendentiell gegen Null des militärischen Schiffsverkehrs über die ökologische Verwendbarkeit von Kapazitäten, über die Nutzung von Einrichtungen für die Sicherung des zivilen Schiffsverkehrs bis hin zur Umfunktionierung der Ausbildungsstätten für Nutzer aus den Entwicklungsländern für den Aufbau ziviler Potentiale.

2. Was reduziert die Wahrscheinlichkeit von Katastrophen und Havarien bzw. Fehlalarmierungen? Unbedingte Einstellung jeglichen militärischen Flugverkehrs über dem Territorium der DDR mit dem zusätzlichen Effekt des Wegfalls von Lärm-

belästigung und Umweltbelastung, Kosteneinsparungen, Kapazitätsüberführungen von Technik und Ausrüstungen in zivile Bereiche, ökologisch zweckdienliche Rückgewinnung von Land/Boden, personelle Verstärkung aller zivilen Luftfahrt- und Sicherungsbereiche.

3. Was braucht man noch als Sicherung von Grenzaufgaben, wenn diese absehbar in einer Richtung überflüssig wird und wenn mit den Nachbarn ein partnerschaftliches Regime entwickelt wird? Völlige Abschaffung der Grenztruppen ist angesagt, so daß eine reine, personalsparende Grenzpolizei ausreicht. Einrichtungen sind ziviler Nutzung zuzuführen und könnten KSZE-Bedürfnissen übereignet werden.

4. Was schränkt finanzielle Ausgaben ein, senkt Kosten und spart materielle Ressourcen? Hier geht es u.a. um eine unverzügliche Einstellung von Manövern und Übungen (incl. Stillegung der Waffensysteme) bei gleichzeitiger Konzentration auf schrittweise totale Konversion (insbesondere der Berücksichtigung ökologischer Aufgaben und infrastruktureller Erfordernisse); sofortige Möglichkeit der Entlassung in den Zivildienst (vorzugsweise Gesundheitswesen, Fürsorge bei Behinderten und bei älteren Menschen) und Aussetzung geplanter Musterungen (de jure Beseitigung von Wehrpflicht und sogen. Ersatz-Dienst, denn auch der Ersatz ist ohne Sinn).

5. Alle wissenschaftlichen (Forschungs-, Entwicklungs-, Lehr-) Kapazitäten, die militärischen Zwecken direkt oder indirekt dienen, werden umgehend "zivilisiert", d.h. auch, demokratischer Kontrolle unterstellt und in Gemeinnützigkeit überführt (ausgenommen Potentiale, die von der UNO und ihren Organen in Anspruch genommen werden bzw. durch Institutionalisierungen im Kontext von KSZE friedensstiftender Nutzung zugeführt werden. Einrichtung einer Behörde (Koordinierungs-, Informations-, Kooperationsstelle) bei den Kommunen, Städten, Kreisen, Ländern, schließlich beim Parlament (Volkskammer und Bundestag in Verbindung mit dem EG-Parlament) für Friedensarbeit, Friedenserziehung und Friedensforschung. Berlin sollte dafür Modelle entwickeln und mut gutem Beispiel vorangehen.

Ein solches Sofortprogramm hier und heute realisiert, würde in doppelter Richtung für eine Neue Europäische Friedensordnung wirken: 1. Eine tendentielle Entmilitarisierung bzw. einseitiges Demilitarisierungsprogramm bedeutet für Europa und

in Deutschland ein Signal, Militarismus hat mindestens auf diesem Territorium keine wie auch immer gearteten Chancen und folglich entfällt eine Pakteinbindung jedweder Art oder Äquivalenz. 2. Wenn Deutsche nicht mehr auf Deutsche schießen sollen/brauchen etc., dann macht es keinen Sinn, in Deutschland Soldat zu sein, wohl aber gebietet es die Logik, auch die Bundeswehr drastisch zu reduzieren und alternativ im europäischen Ensemble Sicherheitsgarantien zur Wirksamkeit zu bringen.

Wenn ergo um einen bestimmten Typ von Einheit Deutschlands kein Weg herumführt, dann besteht die Herausforderung darin, auf diesem Weg Einheit und Demilitarisierung als Prozesse nicht nebeneinander voranzutreiben, sondern sie miteinander zu verbinden, so daß alle Schritte auf diesem Weg den Beifall und das Wohlwollen der Nachbarn Deutschlands finden. In historischer Verantwortung und aktueller Pflicht könnte dies ein Beitrag zur Lösung europäischer und globaler Probleme sein, der dann nicht zu Unrecht das Attribut "weltpolitisch" verdient hätte. Der Weg dahin ist mühevoll und weit, laßt ihn uns solidarisch beschreiten und andere überzeugen, ihn mit uns zu gehen.

Erklärung der IFM

Für die Auflösung der Militärblöcke
Für den Abbau von Nationaler Volksarmee und Bundeswehr
Für den Abzug aller fremden Truppen

Mit Sorge hören wir Äußerungen von verantwortlichen Politikern aus den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik, ein vereinigtes Deutschland müsse in die NATO eingbunden sein. Die bestehenden Blockstrukturen lediglich zu modifizieren, würde dem Willen der Völker nicht entsprechen.

Die Initiative Frieden und Menschenrechte tritt dafür ein, die gegenwärtigen Chancen zu nutzen, die Politik der Konfrontation durch eine Politik der Kooperation abzulösen und sofort Verhandlungen mit dem Ziel der Auflösung aller Militärblöcke aufzunehmen. Untrennbar damit verknüpft sehen wir Verhandlungen zwischen den Regierungen der beiden deutschen Staaten zum Abbau der Nationalen Volksarmee und der Bundeswehr. Das würde zur Beruhigung der internationalen Situation beitragen und Sorgen bei unseren Nachbarn abbauen helfen. Ebenso notwendig ist der Abzug der ausländischen Truppen. Wenn die CSR und Ungarn heute Verträge mit der Sowjetunion schließen, die den Abzug der Truppen zum Gegenstand haben, dann sollte man dieser Linie überall auf der Welt folgen, auch in Deutschland.

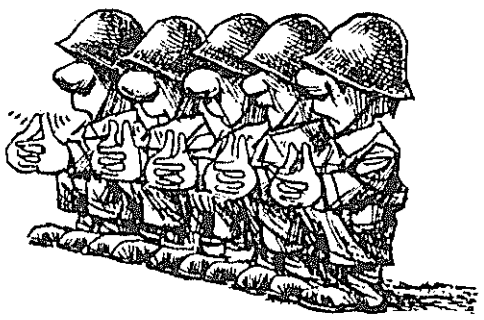
Auch das Konzept eines vereinigten Deutschlands mit neutralem Status brächte nur eine Modifizierung der bestehenden Blockstruktur und nicht ihre Überwindung. Das wäre ein deutscher Sonderweg, der weder in unserem noch im Interesse unserer Nachbarn liegen kann. Das zukünftige Deutschland muß seinen Platz in Europa einnehmen und hat wie alle anderen Länder die Aufgabe, an dem Prozeß der europäischen Vereinigung und der Herausbildung seiner Strukturen mitzuwirken. Wir wollen ein Europa, daß nicht unter dem Patronat von Supermächten und Militärblöcken steht, sondern ein Europa, das demokratisch organisiert ist. Den Weg zu diesem Europa sehen wir im KSZE-Prozeß. In ihm sollten die Institutionen für eine europäische Zusammenarbeit herausgebildet werden.

Als außerparlamentarische Kraft begint die IFM mit dem heutigen Tage eine Unterschriftensammlung in beiden deutschen Staaten, um die Unterstützung möglichst großer Teil der Bevölkerung dafür zu gewinnen.

Wir fordern alle politischen Kräfte in Deutschland auf, mit uns gemeinsam in diesem Sinne aktiv zu werden.

Berlin, den 15.2.1990

Initiative Frieden und Menschenrechte
Regionalgruppe Leipzig
Demmeringstr. 21,
Leipzig, 7033 DDR



Gabriele Herbert

DER WESTEN HAT DEN KALTEN KRIEG GEWONNEN

Perspektiven und Entwicklungsmöglichkeiten für Kooperativen und Selbstverwaltung in dem veränderten Osteuropa

Wie wird Europa in 3 Monaten aussehen?

Es werden bis zum Juni Wahlen stattfinden in Rumänien, in Ungarn, in der DDR, in Bulgarien und in Jugoslawien. In all diesen Ländern werden zum ersten Mal mehrere Parteien zur Wahl stehen und es sieht so aus, als hätten die kommunistischen Parteien kaum eine Chance, (wieder)gewählt zu werden.

Die meisten Menschen in den Ländern des ehemaligen Realsozialismus betrachten ihren eigenen Lebenstandard und ihre eigene Versorgungslage wenn sie nach Westen sehen, nur durch den Filter der BRD. Festgestellt werden kann, daß die Strategie der USA, die BRD zu einem Frontstaat und zum Schaufenster des Kapitalismus auszustatten, erfolgreich war. Wer in Osteuropa "Westen" sagt, meint BRD. Wer "Markt" sagt, ebenso. Wer "soziales System", "zivilisierte Länder des Westens", "Kulturländer" sagt, auch (gelegentlich werden auch Schweden oder Frankreich erwähnt).
Deshalb haben Parteien, die sich in ihrer Namensgebung an westdeutsche anlehnen auch unmittelbar mehr Chancen als andere. Dies trifft mit den Galionsfiguren Willy Brandt und Helmut Schmidt ganz besonders auf die Sozialdemokratie zu.
Es sollte nicht vergessen werden: die meisten dieser Länder haben als politische Erfahrung in diesem Jahrhundert nur den Stalinismus einerseits und autoritäre faschistoide - wenn nicht faschistische. Die Sozialdemokratie erscheint vielen Osteuropäern als der goldene Weg zwischen diesen beiden Extremen.

Auf der anderen Seite ist das Erstarken des Nationalismus in all diesen Ländern - letzlich aber in ganz Europa - unübersehbar. Nationalismen sind entstanden von Nationen, von denen wir in Westeuropa kaum je gehört hatten. Und jedes Volk ist offenbar davon überzeugt, daß wenn sie alleine wären und "die anderen" nicht am Hals hätten, die EG sofort mit Begeisterung für ihre unmittelbare Eingliederung in den gemeinsamen Markt von '93 plädieren würde. Dies trifft im Moment zu auf die Slowenen in Jugoslawien, die bereits konkrete Schritte unternommen haben, sich von Jugoslawien loszusagen und sich nicht mehr zuständig fühlen und erklären für die Problematik der ärmeren Landesteile, geschweige denn für die Situation im Kosovo. Dies trifft ähnlich zu auf die Sowjetrepubliken Lettland, Estland und die Ukraine nachdem was bekannt ist, wahrscheinlich noch auf andere.
Der Prozeß der Entsolidarisierung, der ja eine Grundlage dafür ist, auf einem freien Markt groben Unfug teuer verkaufen zu können, während der Nachbar verhungert - der den Westen besonders in den 80er Jahren so stark geprägt hat, hat auf diese Länder übergegriffen.
Vollkommen unhistorisch werden die entwickelsten

Industriestaaten, die ihren Reichtum nur durch Ausbeutung der 3. Welt erreichen konnten, verglichen mit dem eigenen Entwicklungsstand, der als Startpunkt nach dem Krieg zumeist mit einer Bevölkerung kalkulieren mußte, die zu 70% Analphabeten geblieben waren, auf kleinstbäuerlicher Grundlage ihr Leben fristeten, Auswanderungsraten hatten, die die heutigen weit übertreffen und das wenige, das an Industrie überhaupt existierte war in der Hand ausländischen Kapitals, dessen Interesse war, Rohstoffe auszubeuten und nicht Infrastrukturen zu schaffen oder Menschen auszubilden.

Im relevanten Vergleich dieser Länder als Entwicklungsgesellschaften nach dem 2. Weltkrieg, nämlich China mit Indien, Kuba mit anderen mittelamerikanischen Ländern, Bulgarien mit Griechenland, Südjugoslawien mit Süditalien, Teilen Spaniens oder Portugal usw. ist auch heute noch - bei allen Schwierigkeiten - festzuhalten, daß das jeweilig "sozialistische" Land im großen ganzen wirtschaftlich, aber insbesondere im Sozialen besser dasteht.
Die Tschechoslowakei und die DDR haben möglicherweise andere Voraussetzungen, doch treffen diese Thesen in abgewandelter Form auch auf diese Länder zu. (s.a. Schaubild Nr. 1, indem deutlich ist, daß zumindest im November '89 das pro-Kopf-Einkommen der DDR etwas höher liegt als der Durchschnitt der EG-Länder).

Die Balkanländer und Ungarn z.B. blicken nicht auf ihren Nachbarn, das EG Mitglied Griechenland, mit einer pro-Kopf Verschuldung, die höher ist als selbst die polnische, nämlich 20 Mrd. auf ca. 8 Mill. Einwohner, mit einer Arbeitslosigkeit von über 20%. Dieses Land, im gesegneten Stand eines EG-Mitglieds kann kaum ein einheimisches Produkt vorweisen, und selbst der Schafskäse wird von den produktiveren Molkereien aus Dänemark geliefert. Während alle Welt von dem bankrott der sozialistischen Länder spricht, hat dieses EG-Land ihn wirklich angemeldet. Die osteuropäischen Länder sehen nicht nach Irland, nach Portugal, nach Spanien, die alle in ähnlichen Situationen sind - sie sehen nur die reiche BRD.
Das Jahr 1990 wird das Ausmaß der Katastrophe des thatcheristischen Monetarismus zeigen; in Großbritannien der Stand der Produktion von 1979 noch heute nicht wieder erreicht worden, dafür die Inflation jetzt noch höher ist als bei Regierungsantritt von Mrs.Thatcher. Über die Arbeitslosigkeit dort und die Obdachlosigkeit wollen wir garnicht reden. Wer den Norden Englands,aber auch die Obdachlosen Londons in den letzten Jahren gesehen hat, weiß so gut, was Elend ist, wie der, der aus Polen zurückgekommen ist.
Schon die Euphorie um den europäischen Markt "ohne Grenzen" 1993 beruhte auf der Hoffnung der Ärmsten Westeuropas, daß der Reichtum, der sich anhäuft im Viereck: London - Paris - Mailand - Frankfurt doch endlich auch auf sie überschwappen möge. Die Aussichten darauf sind nun sicherlich gesunken mit den Veränderungen in Osteuropa. So viele Menschen mehr werden jetzt teilnehmen an diesem Verteilungskampf.
Denn die osteuropäischen Länder sind Konkurrenten nicht für die Industrie Frankreichs, der BRD, der Niederlande usw., sondern für die Entwicklung Griechenlands, Portugals, Süd- und Mittelitaliens, Nordirlands, Galiziens usw. Sie sind eine Konkurrenz für die Arbeitskräfte in der ganzen EG: Die Aussichten des Kapitals, die jeweiligen Gebiete um "Standortvorteile" zu erpressen, sind besser denn je.

In allen Ländern wurden schon vor den Wahlen die Tore für ausländisches Kapital weit geöffnet. In Ungarn haben sich bereits Symbolfiguren des Kapitalismus, (wie z.B. Rupert Murdoch im Medienbereich) eingekauft und die profitversprechensten Unternehmen können in allen diesen Ländern über ein Interesse ausländischen Kapitals nicht klagen.
Diese Unternehmen waren zwar auch vor der "Öffnung zur Marktwirtschaft" bereits profitabel und oft sogar in der Gruppe der großen multinationalen Unternehmen zu finden (z.B. Tungsram), werden aber nach Übernahme sofort als erste Schritte zum Erfolg der Marktwirtschaft gewertet.

Auch wir Linken haben uns von dem aggressiven Propagandakrieg, wie er insbesondere in der BRD geführt wird, fast kritiklos vereinnahmen lassen und beklagen das Ende des Experiments Sozialismus, obwohl doch die wenigsten von uns das, was da entstand in der Vergangenheit als grundlegend sozialistisch betrachtet haben.

Es geht auch mir nicht darum, eine Ehrenrettung dessen, was sich da Sozialismus genannt hat zu betreiben.
Aber in der Diskussion um Markt oder Plan, wie das Thema so oft gestellt wird, spricht wahrlich nicht viel für den Markt und es spricht noch weniger für eine Kommandowirtschaft, die keine rechtsstaatlichen Grundlagen hatte. Denn davon reden wir, wenn wir von den osteuropäischen Ökonomien sprechen: Nicht um einen Versuch zu einer umfassenden Planung hat es sich gehandelt, sondern um Wirtschaftsmechanismen, die denen feudaler Staaten nicht nur zufällig ähneln. Ceaucescu's Rumänien war nur ein extremes Beispiel dafür. Die Wirtschaftseinheiten, unabhängig davon, ob sie Staatsbetriebe, Kooperativen; Handwerker oder private Kleinbetriebe waren konnten nicht auf relativ gleichbleibende Investitionsbedingungen, Steuergesetze u. a. rechnen. In dem Moment in dem sie erfolgreich waren, kam Stiefvater Staat und kassierte ab. Dies läßt sich anhand der ungarischen Kooperativen, anhand Erfahrungen aus der DDR, aber auch - wenn auch eingeschränkt in Jugoslawien deutlich zeigen: wer am besten wirtschaftete, dem wurde am meisten genommen.
Dieser Punkt der fehlenden Rechtssicherheit - und das trifft nicht nur auf die Wirtschaft zu, sondern noch viel mehr auf die sogenannte "innere Sicherheit", aber auch auf das Sozialsystem - ist der wichtigste Knackpunkt, an dem wir in der Analyse dieser Gesellschaften ansetzen sollten. Es ist weiterhin bei allen Fehlern der sogenannten sozialistischen Staaten derjenige, der am wenigsten Rechtfertigung finden kann.

Wenn wir über die Entwicklungsmöglichkeiten für Kooperativen und Selbstverwaltung in Osteuropa nachdenken, so werden wir zu dem Schluß kommen, daß es recht wahrscheinlich ist, daß es zur Entwicklung vieler selbstverwalteter Betriebe, Betrieben in (teileweisem) Arbeitnehmereigentum, Kooperativen u.ä. kommen wird. Denn viele Betriebe werden finden, daß sie auf dem europäischen Markt nicht konkurrieren können. Und statt ihre Arbeitsplätze zu verlieren, werden sich viele Belegschaften entschließen, das Unternehmen in eigener Regie weiterzuführen. Wir werden es also zu tun haben mit einer massenhaften Erscheinung dessen, was wir in der BRD Übernahmebetriebe nennen. Ob das positiv ist, ist eine sehr schwierige Frage. Denn wieder einmal wäre, wenn denn meine Prognosen stimmen, Armutsökonomie und selbstverwaltete identisch.

 Sie werden sich zu den Armutskooperativen, wie sie in ganz

Europa existieren, gesellen. Auf die besten Unternehmen wird sich das Kapital stürzen. Der Rest wird sich am eigenen Schopf aus dem Sumpf ziehen müssen, mit den bekannten Selbstausbeutungsmechanismen, die wir aus der Selbstverwaltung nur allzu gut kennen.
Um so wichtiger wäre es, daß sich die zukünftigen Entscheidungsträger kundig machen, unter welchen rechtlichen und gesellschaftlichen Umständen sich kooperative Systeme und Dachverbände positiv entwickelt haben; und es gibt ja Beispiele genug mit Mondragon /Spanien), mit der LEGA (Italien) mit einigen französischen, britischen, ja sogar westdeutschen Modellen selbstverwalteter Betriebe. Denn beachtlich ist hier die durchgängige Erfahrung, daß

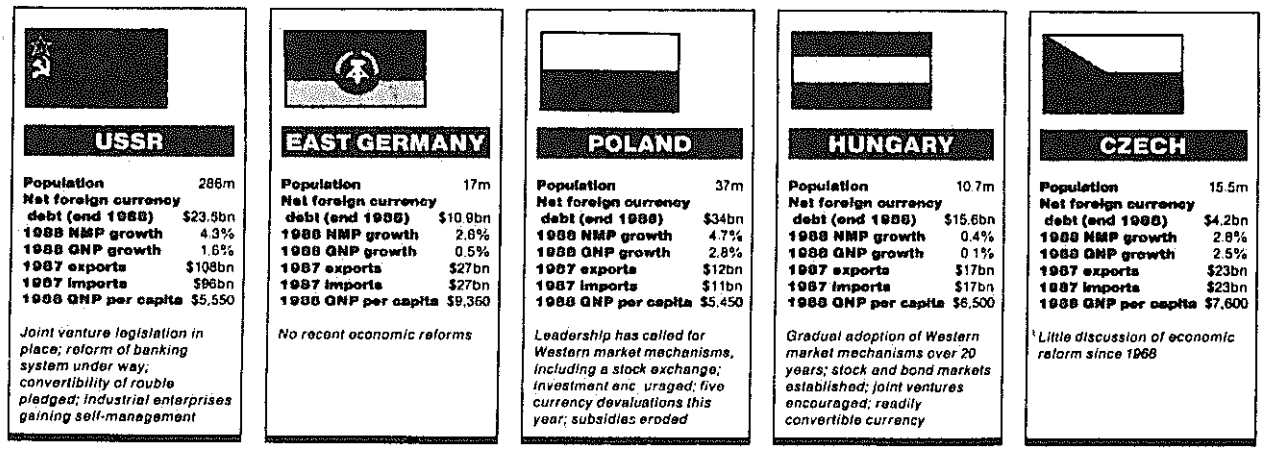
1. in größeren kooperativen Verbänden - und erst recht Regionen - das Kapital eine seiner wichtigsten Eigenschaften verliert, nämlich die dorthin zu streben, wo die größten Profite zu erwarten sind. Für kooperative Dachverbände im Produktionsbereich kann eindeutig nachgewiesen werden, daß der Arbeitsplatzerhalt Vorrang hat.

2. Nach der schmerzhaften Phase der "ursprünglichen Akkumulation" in solchen Betrieben zeigt sich, daß sowohl Löhne als auch der allgemeine Lebens- und Arbeitsstandard

   höher sein kann als in vergleichbaren Unternehmen.

Daß solche Prozesse stattfinden können, und dann auch erhalten werden können, macht eine entsprechende Gesetzgebung mit der unabdingbaren Rechtssicherheit zur Grundlage. Die Forderungen, die auch EG-weit für eine "soziale Ökonomie" gestellt werden, werden im Zusammenhang. mit den Entwicklungen in Ost- und Mitteleuropa noch wichtiger.

(A)



USSR

Population	286m
Net foreign currency debt (end 1988)	$23.5bn
1988 NMP growth	4.3%
1988 GNP growth	1.6%
1987 exports	$108bn
1987 imports	$96bn
1988 GNP per capita	$5,550

Joint venture legislation in place; reform of banking system under way; convertibility of rouble pledged; industrial enterprises gaining self-management

EAST GERMANY

Population	17m
Net foreign currency debt (end 1988)	$10.9bn
1988 NMP growth	2.8%
1988 GNP growth	0.5%
1987 exports	$27bn
1987 imports	$27bn
1988 GNP per capita	$9,360

No recent economic reforms

POLAND

Population	37m
Net foreign currency debt (end 1988)	$34bn
1988 NMP growth	4.7%
1988 GNP growth	2.8%
1987 exports	$12bn
1987 imports	$11bn
1988 GNP per capita	$5,450

Leadership has called for Western market mechanisms, including a stock exchange; investment encouraged; five currency devaluations this year; subsidies eroded

HUNGARY

Population	10.7m
Net foreign currency debt (end 1988)	$15.6bn
1988 NMP growth	0.4%
1988 GNP growth	0.1%
1987 exports	$17bn
1987 imports	$17bn
1988 GNP per capita	$6,500

Gradual adoption of Western market mechanisms over 20 years; stock and bond markets established; joint ventures encouraged; readily convertible currency

CZECH

Population	15.5m
Net foreign currency debt (end 1988)	$4.2bn
1988 NMP growth	2.8%
1988 GNP growth	2.5%
1987 exports	$23bn
1987 imports	$23bn
1988 GNP per capita	$7,600

Little discussion of economic reform since 1968

BULGARIA

Population	9m
Net foreign currency debt (end 1988)	$6.4bn
1988 NMP growth	6.2%
1988 GNP growth	5%
1987 exports	$16bn
1987 imports	$16bn
1988 GNP per capita	$5,630

No recent economic reforms

ROMANIA

Population	23m
Net foreign currency debt (end 1988)	$2.6bn
1988 NMP growth	3.2%
1988 GNP growth	1.5%
1987 exports	$12bn
1987 imports	$10bn
1988 GNP per capita	$4,120

No recent economic reforms

EEC

Population	322m
1988 GDP growth	3.53%
1988 exports to Eastern Europe (inc USSR)	$26.1bn
1987 imports from Eastern Europe	$30.9bn
1988 GNP per capita	$9,155 (W Germany $14,260)

1992 legislation will remove all barriers to trade and capital flows within the 12 member countries

(B)

The Germanies compared

		West	East
Area (sq km)		248,577	108,333
Population	1950	50.0m	18.4m
	1988	61.2m	16.7m
Life expectancy	Male	70	69
	Female	77	75
Fertility rate†	1987	1.3	1.7
Workforce	1988	28.4m	9.0m
% employed in	Agriculture	5	12
	Industry	41	48
	Services	54	40
Telephones (1988) main lines per hundred inhabitants		45	10
Cars and taxis per thousand people (1986)		441	208

† number of children a woman will bear during her lifetime
Sources: Economist World in Figures; World Bank; Siemens; ILO

Source: (A) : Sunday Correspondent 19/11/89
(B) : The Economist : 18-24/11/89

Dietrich Reetz (Berlin-Ost)

Ist die Geschichte zu Ende ?

Diese These [illegible] in der gegenwärtigen Debatte über den Ost-West-Konflikt bei vielen westlichen Politikern und auch Wissenschaftlern wieder aufzuleben. Dabei klingt an, der Kapitalismus habe den realen Sozialismus in großer Schlacht besiegt und seine historische Mission erfüllt. Nicht nur für Europa sondern auch für die Dritte Welt sei die sozialistische Alternative ad acta gelegt. Um sich sinnvoll an dieser Debatte zu beteiligen, erscheinen mir einige Vorbemerkungen über den Bezugsrahmen notwendig:

- Es geht nicht an, diese Diskussion auf ein Wahlkampfthema zurechtzustutzen. Sozialismus kann nicht außerhalb von Geschichte und Weltentwicklung gedacht werden. Die Welt hört nicht am 18. März oder mit den Bundestagswahlen im Dezember 1990 auf. Man sollte durchaus nach künftigen Wirkungen fragen. Auch zur Vergangenheit kann man keine "chinesische Mauer" errichten. Keiner glaubt den Sozialwissenschaftlern Osteuropas, daß sie jetzt alles anders denken als vorher. Der Bruch aus Vergangenem ist seit langer Zeit gewachsen. Und das Vergangene ist noch lange nicht überwunden. Jetzt hatte keiner mehr in der DDR mit dem Neostalinismus zu tun. Deutsche haben ein kurzes Gedächtnis, sind "Hochleistungsverdränger". Und doch waren alle - auch die, die anders dachten aber nicht handelten - Teil dieses merkwürdigen bürokratischen Schein-sozialismus. Er bildete eine eigene, in sich relativ geschlossene politische Kultur, oder auch Unkultur. Da sich seit 1985, und besonders seit Oktober 1989 die Bezugsebene radikal geändert hat, erscheint nun vielen alles irrational, was innerhalb

dieses Systems geschah, darunter auch ihre eigene Rolle. Doch der Mensch hat ohne Vergangenheit - wie sie auch aussehen mag - keine Identität.

Und die Welt ist auch größer als die DDR oder die Bundesrepublik. Was hier selbstverständlich scheint wie die Fluchtbewegung von Ost nach West, leuchtet anderswo, zum Beispiel in der Sowjetunion oder der Dritten Welt, aber auch in den USA, keineswegs allen ein.

- Die linken Kräfte dürfen dieses Thema nicht monopolisieren und gleichsam unter sich austragen. Gerade für die Sozialwissen-schaften der DDR scheint mir wichtig zu lernen, den inneren Zusammenhang menschlicher Geistesgeschichte aller politischer und philosophischer Provinienz zu achten. Der Sozialismus ist ein Menschheitsproblem und muß mit den politischen Vertretern aller Richtungen diskutiert werden. Da scheint es auch wenig produktiv, Sozialdemokraten wegen Statthalterschaft der suspekten nationalen Bewegung ausgrenzen zu wollen. Linke DDR-Wissenschaftler sollten mutiger die Fesseln formelerstarrter Sprache und Denkens abstreifen und sich so mitteilen, daß sie von den "schwärzesten Bürgern" zumindest verstanden werden, auch wenn man ihnen nicht zustimmt. Dabei braucht man seine eigene Position nicht aufgeben. Für mich geht es mehr denn je um eine Kultur des Streits - lernen einander zuzuhören und trotzdem verschiedener Meinung zu sein, "agree to disagree", wie die Engländer sagen. Es darf nicht verwundern, daß in Osteuropa Linke wie Rechte dies gleicher-maßen nicht beherrschen, sind sie doch alle irgendwie "Fleisch vom Fleische" des spätstalinistischen Systems.

Die Debatte kann auch nicht in den Grenzen Osteuropas oder einzelner Länder eingesperrt werden. Energisch muß die Kommunikationslücke zwischen Ost und West überwunden werden - sonst wächst Europa nicht zusammen. Das betrifft das Verhältnis zwischen herkömmlicher osteuropäischer Sozialwissenschaft - bisher überwiegend durch die Kategorien des Marxismus-Leninismus enger Interpretation geprägt - und westeuropäischer bürgerlicher Geistestradition. Es

ist gleichermaßen aktuell für die Linke in Ost und West. Die Ansätze der Zivilisationskritik sind oft diametral entgegengesetzt, ausgehend von eigenen schlechten Erfahrungen und suchend nach Positivem auf der anderen Seite. So warnt die Linke-West vor dem Markt und rät gegen die Absage an den Plan, während die Linke-Ost die Planerfahrung verwirft und soziale Marktwirtschaft fordert.
- Das sozialistische Gesellschaftskonzept ist nicht überzeugend und politikfähig, wenn es von einer Verweigerungshaltung beherrscht wird. Es wäre törricht und wieder sehr "klein in klein" gedacht, Sozialismus als Abwehrprogramm zu begreifen - gegen die deutsche Einheit, gegen die Marktwirtschaft und sonstige Übel. Nie wieder darf Sozialismus Wurzeln ökonomischer Entwicklung, die in der Marktwirtschaft liegen, zerstören. Doch muß er deswegen auf den Plan verzichten? Auch kann sich sozialistische Politik nicht auf Sozialfürsorge und Schutz vor Benachteiligung beschränken, obwohl dies immer wichtig bleiben wird. Um als gesellschaftliche Alternative lebensfähig zu sein, muß sich Sozialismus auf der Hauptstraße politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Fortschritts bewegen.
Wenn die Linke es für eine Tragödie hält, daß viele DDR-Bürger jetzt ihr Deutschsein entdecken, hat sie versagt. Dem Mißbrauch einer nationalen Bewegung geht die Entstehung von ethnischer und nationaler Identität voraus. Ethnische und nationale Bewußtseinsbindungen werden auf den Menschen im frühen Kindheitsalter durch die Familie, durch Sprache und Kultur übertragen, noch bevor er soziale und politische Inhalte dazu ausbilden kann. Wenn soziale und politische Bezüge zusammenbrechen - so wie die DDR implodierte - , dann bleibt nur der Rückgriff auf das Vertraute, auf das Deutsche, das jetzt poltische neu besetzt werden kann. Die nationale Scham der Linken ist die Chance der Rechten. Alle politischen Kräfte scheinen einig, daß die deutsche Einheit kommen wird. Doch betont man auf der linken Flanke in verständlicher Sorge vor einer

 "großdeutschen Sturzgeburt" zu wenig das ungeheure

Progressivpotential eines einigen Deutschland und Europas. Sozialistische Alternative ist für mich hier und heute vor allem im europäischen und globalen Rahmen denkenswert. So braucht es denn eine **europäische** Linke, die gedanklich zu neuen Ufern aufbricht.

Für das Deutschland in einem neuen Europa liegen schon jede Menge Vorschläge vor, wie man das Vakuum füllen könnte, daß der Realsozialismus hinterlassen hat. Stellvertretend sei hier auf das Rechtsstaat- und Europamodell des westdeutschen Sozialwissenschaftlers Dieter SENGHAAS aus Bremen verwiesen.[2] Er meint, daß der demokratische Rechtsstaat mit sozial abgefederter aber konsequenter Marktwirtschaft den Modellfall für Europa und letztlich für die ganze Welt bildet. Dieser Gesell-schaftstyp wird als besonders konfliktvorbeugend angesehen. In achtzig bis neunzig Prozent "substitutiver Arbeitsteilung", bei der man gegenseitig auf jedem Gebiet ersetzungsfähig produzieren kann, bestünde eine Prosperitätsgarantie und Konfliktsperre, da niemand ernsthaft den erreichten Wohlstand gefährden wolle. Entsprechend pegelten sich diese Länder quasi von selbst auf ein liberales Außenverhalten ein. Die so erreichte friedliche Regelung gewaltträchtiger Machtrivalitäten innerhalb und zwischen den westlichen Gesellschaften sei der "Inhalt des Prozesses der Zivilisation". Anders in den Staaten des "realen Sozialismus". Der Ost-West-Konflikt sei faktisch zu Ende. Mit der Beseitigung der kommunistischen Einparteien-Diktaturen durch pluralistische politische Systeme sei der "ordnungspolitische" Gegensatz aufgehoben, der mit der Stalinisierung Osteuropas begonnen hätte. Nun gehe es "um die Neubegründung politischer Ordnung" im Innern und die Entwicklung funktionaler Arbeitsteilung zwischen ihnen - als Aufgabe von Jahrzehnten. Die Lage in der Dritten Welt verglich er mit den frühen europäischen "Ausscheidungskämpfen", die Jahrhunderte dauerten, ehe sie zu einer hinreichenden inneren und äußeren Verknüpfung der Staatenge-

bilde führten. So befinde sich die Dritte Welt in jeder Hinsicht in einem sehr frühen Stadium der Verzivilisierung politischer Konflikte.

Nicht die **Prinzipien** des liberalen Rechtsstaats und der sozialen Marktwirtschaft sind das Problem. Fragwürdig ist jedoch, wie SENGHAAS diese Prinzipien in "alle(n) westlichen Gesellschaften (OECD)" iedaltypisch verkörpert sieht, bei denen "Ausnahmen" nur die Regel bestätigen. Besonders herausgehoben: der EG-Bereich mit seiner angestrebten Integration. Er sieht schon das institutionelle Westeuropa sich auf den Osten erweitern. Auf Jugoslawien und Algerien verweisend heißt er alle "dritten Wege" eine Sackgasse. Für Osteuropa gebe es "keine Alternative zur Kombination von demokratischem Rechtsstaat und sozialer Marktwirtschaft". Und in SENGHAAS' gerade erschienem Buch "Europa 2000. Ein Friedensplan" billigt er dem Sozialismus nur noch eine risidual-rhetorische Rolle zu, die an die Fehler des Kapitalismus erinnert. An den bisherigen ordnungspolitischen Prinzipien Osteuropas sieht er kaum bewahrenswertes, weder in Politik noch ökonomie. "Damit ist eine mehr als hundert Jahre alte Kontroverse über das liberale bzw. das sozialistische Projekt **in Europa** praktisch entschieden."[3] Obwohl er, an den verbleibenden gesellschaftspolitischen Spielraum im Rahmen des liberalen Projektes erinnernd, den ahistorischen Endzeitgedanken entschieden zurückweist, bietet seine Modelltheorie dafür hervorragende Ansatzpunkte, legt sie doch nahe, alles sei klar, Geschichte würde sich nun in der allmählichen Bewegung der restlichen Welt zu diesem Modell hin erschöpfen. Nachdem wir jahrzehntelang aus Richtung Westen für unsere unilineare Geschichtsauffassung heftig und ja auch berechtigt kritisiert wurden, ist die osteuropäische Linke nun in die Lage geraten, die multilineare Realität verteidigen zu müssen. Dabei geht es nicht darum, unter dem Vorwand der Kritik an der Marktwirtschaft den gescheiterten Realsozialismus wiederzubeleben. Das wäre sicher Leichenfledderei.

Doch beantwortet die Beerdigung des Verstorbenen noch lange nicht die Frage nach Gesundheit und Wohlfahrt der Überlebenden. Dabei geht es eben nicht nur um die Tragfähigkeit von Rechts- und Ordnungsprinzipien. Der Tagesablauf des Patienten, um im Bild zu bleiben, sagt noch nichts über seine körperliche Verfassung aus. Daher verdient auch die Befindlichkeit der Gesellschaft einen aufmerksamen Blick. Die folgenden Überlegungen unter fünf Stichworten sollen Gedanken zur Gesellschaftsdebatte aus DDR-Sicht zusammenfassen, ohne sich auf eine Auseinandersetzung mit SENGHAAS zu beschränken.

Erstens, verhindert Wohlstand Konflikte ?

Wenn man davon ausgeht, daß der hohe wirtschaftliche Vernetzungsgrad Westeuropas sich vor allem seit etwa zwei Jahrzehnten deutlicher manifestiert, so bezeugt er in dieser Zeit nicht unbedingt die Abwesenheit von Konflikt. Wird Konflikt als gewaltsame Austragung von Gegensätzen verstanden und nicht nur auf Zwischenstaatliches beschränkt, so kam es bei den Staaten Westeuropas und anderen OECD-Ländern wie den USA und Japan eher zu einer Konfliktverdrängung, zu einer "Externalisierung" und "Internalisierung" von Konfliktverhalten. Im Sinne der Auslagerung etwa könnte man das Eingreifen der Briten auf den Malwinen gegen Argentinien oder die wiederholten französischen Interventionen in Afrika und Nahost verstehen. Auch das Engagement der USA gegen Libanon oder in der Karibik bzw. in Mittelamerika sind hier zu erwähnen. Grenada und Panama sind schon geronnenes Sein - Geschichte, Nikaragua noch Gegenwart und Kuba vielleicht schon Werden - Zukunft.

Verinnerlicht wurde Konflikt in Form gewalttätiger ethnisch-rassischer oder ethnisch-religiöser Gewalt in Nordirland, gegen britische Farbige, gegen Nordafrikaner in Frankreich oder Türken in der BRD. Eine mögliche Einwanderungswelle aus der Sowjetunion oder die neuen boat people aus dem Mittelmeerraum können eine neue Dimension eröffnen. Liegt es da nicht nahe anzunehmen, daß sich Gewalt gegen jene richtet, die am westeuropäischen Wohlstand und Macht

ungebeten teilhaben oder kratzen wollen ? So erscheint substitutive Arbeitsteilung wohl nicht als der allgemeine Ausweg aus der Gewalt, sondern eher als deren Verlagerung. Auch ist kaum anzunehmen, daß sich die Welt so bald dem Idealzustand allgemeiner substitutiver Arbeitsteilung nähern wird. Eine obligatorische Beilegung interner Konflikte im Zuge einer Neugestaltung Europas völkerrechtlich verbindlich vorgeben zu wollen, wie SENGHAAS vorschlägt, kann man sich wünschen - etwa in Gestalt eines mehrheitlichen Interventionsrechts der Europäer, wie von den Franzosen erwogen. Angesichts des Sozial- und Wirtschaftsdefizits scheint diese Frage jedoch für das neue Europa keine kompromißfähige Priorität zu sein.

Zweitens, ist der Ost-West-Konflikt zu Ende ?
Diese Frage gültig und schlüssig zu beantworten erscheint kaum möglich ohne zu untersuchen, ob der Ost-West-Gegensatz, besonders in Europa, in Gänze beseitigt wurde oder nur in, sicherlich wesentlichen Teilen. Entscheidend wurde er durch die geteilte Nachkriegsordnung Europas getragen. Aber geografisch fielen in Europa ordnungspolitische Gegensätze weitgehend mit historisch unterschiedlich tradierten geopolitischen Interessen der UdSSR und der USA zusammen. Für die USA bleibt die UdSSR, wenn sie nicht zerfällt, sondern sich wirtschaftlich-gesellschaftlich erneuern kann, eine übergroße Landmacht mit noch immer beträchtlicher strategischer nuklearer und konventioneller Schlagkraft, die es in Europa zu binden gilt. Das träfe selbst auf die Russische Föderation zu, falls sie als unabhängiger Kernstaat übrigbleibt. Und für die UdSSR verwandelt sich der ideologisch-politische Sonderraum Osteuropa zurück in eine geopolitische Sicherheitszone, die ihren besonderen Rang nach der Erfahrung des letzten großen Krieges nicht so schnell verliert. Dabei nimmt zusehends auch bei nichtkommunistischen Kräften Osteuropas die Aussicht eines geeinten Deutschlands den neuen Bedrohungsplatz ein. Das bestätigen jüngste Äuße-

rungen aus Warschau, wo Masowiecki von Gorbatschow eine Garantieerneuerung der polnischen Westgrenze erwartet, wie aus Budapest, wo vor einer deutschen Wirtschaftsübermacht Bedenken gehandelt werden. Wird die Warschauer Vertragsorganisation zu einem Schutzbund gegen ein Großdeutschland ? Das Vorrücken der NATO an den Ostrand des neuen Deutschland wäre für die Sowjetunion nicht ohne weiteres akzeptabel. Die beiden deutschen Staaten haben seit der öffnung der Grenzen am 9. November ein Freizügigkeitsregime ohne gleichen etabliert, durch das beide, aber aufgrund ihrer wirtschaftlichen Unterlegenheit in stärkerem Maße die DDR, Teile ihrer Souveränität aufgegeben haben. So lebt der alliierte Besatzungsstatus wieder auf. Einen praktikablen Ausweg aus dem Sicherheitsdilemma in der deutsch-deutschen Übergangszeit, die sich in einer teil-souveränen konföderalistischen Struktur möglicherweise doch noch vier bis fünf Jahre hinzieht, bietet nur die schnelle Transformation der militärischen Komponente der beiden Blöcke in Europa. Während dieses Übergangs könnte die deutsche Konföderation das Begegnungsfeld beider Blöcke bilden, ohne daß sie auf einem Staatsgebiet koexistieren müßten oder einer den anderen von deutschem Boden verdrängen würde.

Die ideologische Dimension des Ost-West-Konfliktes fiel auch mit dem historischen Entwicklungsgefälle zwischen primärem und sekundärem Industriekapitalismus zusammen - vielleicht mit Ausnahme von Sachsen und Böhmen-Mähren. Der kalte Krieg war immer auch begleitet von westlicher Embargopolitik und östlicher Zwangsakkumulation, die dieses Gefälle verstärkten. Wenn es zutrifft, wie auch SENGHAAS postulierte, daß das Kapital des Westens in seiner Mehrheit nicht in die auf längere Zeit als Niedriglohnländer gebrandmarkten Oststaaten fließen wollen wird, verwandelt sich dann nicht, zumindest östlich von Oder und Neiße der beabsichtigte soziale Rechtsstaat mangels aufnahmebereiten Bodens in einen Industriekapitalismus a la Manchester, dessen dramatisches Sozialge-

fälle neuen europäischen Sprengstoff schafft? Welche Attraktion stellt die von SENGHAAS vorgeschlagene Institutionalisierung der KSZE - eine Art Europaregierung - für pauperisierte und radikalisierte Völker dar ?

Drittens, was ist bewahrenswert an der DDR und Osteuropa für die Einheit Deutschlands und des Kontinents ?
Schaut man besonders bei dieser Frage nicht nur nach ordnungspolitischen Systemgrundsätzen, sondern auch nach Gesellschaften, so ist unübersehbar, daß sich auch im Realsozialismus eigenständige politische Kulturen mit differenzierten Mechanismen etablierten. Davon ist die DDR - trotz aller hypertrophierten Identitätsgedanken - nicht völlig ausgenommen. Die autochthonen Gesellschaftszüge der osteuropäischen Staaten verschwanden nicht mit dem Untergang des neostalinistischen Systems, sie fanden im Gegenteil verstärkte Ausdrucksmöglichkeiten im erstarkenden Nationalismus. Zum Eigenen Osteuropas zählen auch der gesamte materielle Besitzstand, der sich nicht auf veraltete Industrien reduzieren läßt, sondern fruchbares Land ebenso beinhaltet wie physisches und intellektuelles Arbeitsvermögen ganz spezifisch nationaler Ausprägung. Aber sozial ist es vor allem die gemeinschaftliche Erfahrung von 45 Jahren Gesellschaftsentwicklung. Sie manifestierte sich besonders auf mikrosozialer Ebene in Strukturen der Solidarität und des Zusammenwirkens, sei es auch aus der Lage einer Notgemeinschaft heraus. Dabei nicht zu vergessen: die Gegenkultur, deren Ziel nicht immer der westeuropäische Modellfall war - Stichworte dazu sind die Massenbewegungen Neues Forum in der DDR oder Bürgerforum in der CSSR.
Und es sind - ins Ordnungspolitische reichend - gleichwohl Aspekte - ich betone bewußt das Teil hier im Gegensatz zum Ganzen - der sozialen Absicherung von Arbeit, Bildung und Kultur, einschließlich Kinder, Frauen, Jugend, für die es zwar keine optimalen, aber sozial oft sehr weitgreifende Formen gab. Nicht zu vergessen die

direkte Demokratie der Bürgerbewegungen, -komitees und Runden Tische, die die Vertreterdemokratie der westeuropäischen Verfassungen wirkungsvoll ergänzen könnte. Künftige europäische Ansätze können nicht zu den dirigistischen Erfahrungen Osteuropas zurückkehren - etwa indem sie die Arbeitslosigkeit schlechthin, darunter auch die dringenden und innovativen Strukturveränderungen ausschließen wollen. Aber keiner kann beweisen, daß Dauerarbeitslosigkeit zwangsläufig zum Markt, der ohnehin nirgendwo mehr einer der freien sondern der gemaßregelten Konkurrenz ist, gehört. Sie ist eher ein soziales Übel und zerfrißt den Gesellschaftskörper. Keiner kann beweisen, daß Kulturnationen heute auf staatlich großzügig und breitgreifend subventionierte Wissenschaft, Kultur und Bildung verzichten dürfen. Entscheidend bleiben wohl eher Ergebnisse und Wirksamkeit. Doch heißt es, stimmten die DDR-Bürger noch immer mit den Füßen gen Westen ab, wie wolle man da Bewahrenswertes erhalten. Der dringend notwendige deutsch-deutsche Sozialvertrag oder Sozialverbund, der alle materiellen Anreize einer Übersiedlung beseitigt, ist kein Geschenk an die DDR sondern liegt im wohlverstandenen Eigeninteresse der Bundesrepublik, ihres Sozialsystems, ihrer Wirtschafts- und Währungsstabilität.

Plädiert man für eine eigene gesellschaftliche Identität Osteuropas jenseits des Ost-West-Konfliktes, kann der gesellschaftsumgestaltende Charakter westlichen Kapitals und Politik im östlichen Kontinent nicht übersehen werden. Von dort her scheinen die Warnungen vor einer Kolonisierung Osteuropas, die SENGHAAS angesichts der bewiesenen Bevorzugung kaufkräftiger Hochlohnländer als unbegründet abtut, doch nicht völlig aus der Luft gegriffen. Denn, wirken die Kapital- und Warenströme nach Osten aus westlicher Sicht auch unerheblich, kann doch ein Milliardenkredit in Polen oder Ungarn allemal Wetter machen. Auch finanzielle Wahlhilfe bleibt nicht zu unterschätzen bei den vieler Orten durchzuführenden freien Wahlen. US-Außenminister BAKER brachte es in Prag auf den Punkt, als er Kredite an Osteuropa von einer vorwiegend pri-

vatwirtschaftlich organisierten Mehrparteiengesellschaft abhängig machte. Muß im Osten vieles gelernt werden, gilt es auch im Westen einiges zu begreifen: die Einebnung Osteuropas, seine soziale und ökonomische Kapitulation ist für den Westen konterproduktiv. Sie kann für das einheitliche Deutschland, aber mehr noch für das einige Europa Spannungen und Gewalt, Extremismus und Radikalismus produzieren, die sich der Beherrschung entziehen würden. Gesellschaftliche und politische Selbstbestimmung ist nicht mehr eine Wahl zwischen Dirigismus und Marktwirtschaft, sondern die Frage nach der sozialen und politischen Ausgestaltung der letzteren. In diesem Sinne gibt es nicht nur einen dritten, sondern auch einen vierten und fünften Weg. Nur eine **kooperative** Verständigung, Annäherung und Einigung Europas mit der gegenseitigen Achtung vor der materiellen und ideellen Identität wird den ersehnten Aufschwung zu Frieden und Prosperität bringen.

Viertens, ist die Sozialismus-Debatte zu Ende ?

Es kann keinen Zweifel geben, daß mit dem verdienten Niedergang des realen Scheinsozialismus auch die Sozialismus-Idee für lange Zeit, besonders in Osteuropa diskreditiert ist. Eine Welle konservativer Massenpolitik schwappt über die Landen. Doch bleiben bei der skizzierten ökonomischen Entwicklung Enttäuschungen über die Marktwirtschaft nicht aus. In spätestens 10 Jahren werden die Schwächen des Kapitalismus in Osteuropa eine erneute Aufarbeitung erfordern - so wie die Auseinandersetzung mit den Nachteilen dieses Systems auch in Westeuropa nie aufhörte. Keiner kann ernsthaft annehmen, daß die Suche nach einer **Alternative** zum Kapitalismus versandet - und mag sie vielen noch so aussichtslos erscheinen.

Direktivplan, monopolisiertes Staatseigentum und Außenhandelsmonopol, mit denen SENGHAAS Sozialismus gleichsetzt, haben sich historisch in den zwanziger Jahren herausgebildet, waren so bei Marx nicht vorgesehen. Sein Gedanke der Assoziation freier Produzenten wird auch in der Marktwirtschaft die Suche nach ökonomisch fun-

dierten Gesellschaftsalternativen eines demokratischen Sozialismus befruchten, der den ohnehin regulierten Markt noch wirkungsvoller lenkt. Dabei bleibt im Blick die ganze Breite von Eigentumsformen: von Genossenschaften über Pachtverhältnisse bis zu Staatskonzernen und Privateigentum. Orientierungsplanung ist für den Hochkapitalismus unverzichtbar geworden. Japan plante seinen technologischen Eroberungszug weitgehend über sein mächtiges Handelsministerium. Kein Großkonzern kommt ohne Produkt- oder Umsatzstrategie aus. Das Außenhandelsmonopol war nicht nur systembedingt. Protektionismus an der Schwelle von Entwicklungsbrüchen bleibt. Davon weiß die EG gegenüber den USA und Japan ein Lied zu singen. Kann man glauben, daß schwächere Wirtschaftsregionen wie Osteuropa oder die Dritte Welt jetzt ihre Tür so weit öffnen, daß sie selbst vom Zugwind weggeweht werden ?

Es liegt in der Natur des Menschen, eine Gesellschaft der Gleichen zu erstreben. Die Suche nach der Alternative produziert der Kapitalismus selbst. Darin liegt letztlich auch ein groß Teil seiner Innovationskraft. Dabei ist keineswegs auszuschließen, daß sich Alternativen auch innerhalb des Systems durch dessen Veränderung etablieren. Die politische Unabhängigkeit der verschiedenen Staaten ist jedoch Garant der Vielfalt und der unterschiedlichen Rahmenbedingungen.

So wird wohl noch vor Ende des Jahrtausends eine handfeste Sozialismus-Debatte wiederkommen.

Fünftens und letztens, geht die Dritte Welt zum marktwirtschaftlichen Rechtsstaat ?

Werden die kooperativen Strukturen für das neue Europa - ohne missionarisches Angleichungsstreben - nicht zielgerichtet auf die Dritte Welt erweitert, tut sich die politische und auch wirtschaf[illegible]che Kluft zu den Industrieländern weiter auf als je zuvor. Dabei kann weder postuliert noch spekuliert werden, daß sie sich unisono dem westeuropäischen sozial-marktwirtschaftlichen Rechts-

staatmodell annähert, wenn es den kulturellen und politischen, aber auch wirtschaftlichen Erfahrungen einzelner oder auch mehrerer ihrer Akteure nicht entspricht. Die Frage, was Osteuropa oder auch die DDR einzubringen haben, erstreckt sich so auch auf die Dritte Welt: Können, ja dürfen Gesellschaften anders organisiert organisiert werden, denn als westeuropäischer liberaler Rechtsstaat ? Autochthone Volkskulturen bringen bekanntlich stabile Gemeinschaftsstrukturen ein. Deren Verlust oder Auflösung in einer kooperativen und multikulturellen Welt wäre weder wünschenswert noch möglich - letzteres auch aufgrund der traditionellen Segmentierung, die unverändert besteht und den sozialen Rahmen des Wirtschaftswachstums bildet. Über die innere Verfassung der Entwicklungsländer wird nicht die Krise des Sozialismus entscheiden. Autoritäre und paternalistische Regimes, ein starker Staat in der Wirtschaft hatten neben ideologischen weit häufiger pragmatische Gründe, abgeleitet auch aus der Tradition orientalischer Despotie und akuter Unterentwicklung. So wird man jetzt den ökonomischen Staat nicht dem gescheiterten Realsozialismus hinterherwerfen, sondern ihn auf Zweckmäßigkeit und Effizienz prüfen.

Auch innere Konfliktverhinderung scheint fraglich in der Dritten Welt, legt man allein liberale Rechtsprinzipien zugrunde. Wenn deren Anhänger argumentieren, daß Westeuropa trotz sozialer Verteilungsgegensätze weniger Konflikte kennt als China, weil das liberale Projekt ihre friedliche Austragung ermögliche, so übersieht man geflissentlich die berühmte Schüssel Reis, die es braucht, um an den Herrlichkeiten demokratischer Politik partizipieren zu können. Eine schnelle Ausbreitung der liberalen Marktwirtschaft könnte weitere soziale Randzonen unermeßlichen Ausmaßes schaffen, würde das Spannungsfeld zwischen Ethnien und Religionen weiter aufladen, bis zur Dimension eines neues globalen Problems.

Das Imperialismus-Problem war nicht nur ein Ost-West-Spektakel. Schon erklingt aus Indien und anderswo die besorgte Frage, ob sich nach dem Wandel in Osteuropa nicht die Dritte Welt der Pflege des

Sozialismus annehmen müsse, um imperialistischem Anspruch nicht schutzlos gegenüberzustehen. Für sie ist es keineswegs ausgemacht, daß die Ausbeutung der Dritten Welt ein rein ideologisches Problem ist.

So sollte das Streben, die Konflikte zu zivilisieren, nicht dazu führen, die Dritte Welt zivilisieren zu wollen. Hinsichtlich der künftigen Regierungs- und Gesellschaftsformen von Entwicklungsstaaten obsiegt wohl eher der pragmatische Kompromiß, der, und darin liegt eine Chance, durch seinen multipolaren und multikulturellen Ansatz neue Innovations- und Wachstumskräfte freisetzt. Das von Europa erstrebte demokratische Rechtsverständnis und Wachstum werden in den Entwicklungsländern nur mit Toleranz und Respekt greifen.

In einem **einigen** Deutschland und **vereinten** Europa wird sich nur gut leben lassen, wenn man diese **eine** Welt nicht aus den Augen verliert. Der Weg dahin muß über eine neue, bessere politische und materielle Kultur des einundzwanzigsten Jahrhunderts führen.

---

1 Dieser Vortrag wurde am 10. März 1990 auf einer Konferenz zum Thema "Das Ende der Nachkriegsordnung? Die 'Einheit Deutschlands', die nationale Frage und die Neuordnung Europas" gehalten, die die Redaktionen der Zeitschriften "links"(BRD) und "horizont"(DDR) in Berlin veranstalteten. Dabei handelt es sich um eine erweiterte Fassung eines Beitrages auf dem Kolloquium über "Konflikte und Konfliktregelungen in den internationalen Beziehungen seit dem zweiten Weltkrieg", das im Rahmen des Kulturarbeitsplanes DDR-BRD vom 19. bis 23. Februar 1990 in Dresden stattfand.

2 Der Beitrag stellte ursprünglich eine Erwiderung auf die von Dieter SENGHAAS beim Dresdner Kolloquium eingereichten Papiere "Über die Zukunft internationaler Politik" und "Frieden in einem Europa demokratischer Rechtsstaaten" der.

3 Vgl. insbesondere Senghaas, Dieter, Europa 2000. Ein Friedensplan, Frankfurt 1990, Kapitel 3: Jenseits des Nebels der Zukunft: Eine geschichtsmächtige Kontroverse neigt sich zum Ende. (hier nach Vorabdruck/Auszug, erscheint 20.3.1990)

Weithin zwar mit Unverständnis, vor allem jedoch mit peinlich betretenem Schweigen wurden selbst die skandallösesten Äußerungen von Mitgliedern der Bundesregierung zur polnischen Westgrenze in der Öffentlichkeit hingenommen. Die in der April-Ausgabe der LINKS veröffentlichte Erklärung der Redaktion wurde von den TeilnehmerInnen der Ost-Berliner Konferenz mit Zustimmung zur Kenntnis genommen.

links-REDAKTION

Lehren aus der Geschichte

Erklärung zur deutsch-polnischen Grenzdiskussion

Zum zweiten Mal innerhalb eines halben Jahres hat die Bundesregierung einen Streit um die Anerkennung der Westgrenze Polens vom Zaun gebrochen. Mit seiner unverständlichen Haltung gegenüber den weitsichtigen und rücksichtsvollen Vorschlägen Mazowieckis rief der Bundeskanzler erneut revanchistische Forderungen, die Anspruch auf die früheren „deutschen Ostgebiete" erheben (Czaja), auf den Plan und stellte die deutsch-polnischen Beziehungen erneut auf eine schwere Belastungsprobe. Die weltweit empörten Reaktionen sind ein Hinweis darauf, mit welch hoher Sensibilität die „deutsche Frage" behaftet, wie gegenwärtig die deutsche Geschichte ist.

Zwar mußte der Kanzler — unter dem Druck der polnischen und der Weltöffentlichkeit — sein Beharren auf „Gegenleistungen" inzwischen zurückziehen (Verzicht auf die demagogisch und wider besseren Wissens „Reparationen" genannten Forderungen, obwohl es sich nicht um Reparationen, sondern um individuelle Schadensersatzansprüche für ehemalige polnische Zwangsarbeiter handelt. Mit dem ins Spiel gebrachten Begriff „Reparationen sollen Erinnerungen an den Frieden von Versailles geweckt werden: Die Siegerstaaten verdonnerten damals den Verliererstaat. Heute und schon seit 37 Jahren geht es überhaupt nicht um Reparationen in diesem Sinne, denn Polen hat als Staat 1953 darauf formell verzichtet. Die Seiters, Teltschiks und Co, die Kohl solche verfälschenden Parolen einreden, nehmen in Kauf, die nationalistische, anti-polnische Stimmung in der DDR zusätzlich anzuheizen). Was jedoch bleibt ist die beschämende Erkenntnis, daß es in der Bundesrepublik offenbar immer noch Kräfte gibt, die in der Zerschlagung Nazideutschlands nichts als eine Niederlage sehen, deren Schmach durch vierzigjähriges Wohlverhalten getilgt werden könne. Mit dem zur „deutschen Revolution" stilisierten Zusammenbruch des Kasernensozialismus in der DDR verbinden sie die Entschuldung der Geschichte, um an nationale und nationalistische Traditionen anzuknüpfen, die einer friedlichen, solidarischen und gleichberechtigten Neustrukturierung der internationalen Beziehungen, zu der sich erstmals seit 1949 eine historische Chance eröffnet hat, diametral entgegenwirken.

Das in zeitgenössischen Kommentaren üblich gewordene Herbeireden des Endes der Nachkriegsordnung (zumindest in Europa) leistet einer solchen unguten Entwicklung Vorschub: Die Nachkriegsordnung in Europa hat ihren manifesten Ausdruck in der Teilung Deutschlands, der Wiederherstellung der Tschechoslowakei und insbesondere in der Westverschiebung Polens gefunden (und übrigens nicht im „Eisernen Vorhang", der aus dem Kalten Krieg entstanden ist). Diese Ordnung ist eine Konsequenz aus den unbeheuerlichen Verbrechen Nazideutschlands. Eine Vereinigung von BRD und DDR, die jetzt zu einer realpolitischen Möglichkeit geworden ist, kann und darf die Nachkriegsordnung nicht außer Kraft setzen. Dies würde bedeuten, daß die Sicherheit, ja der Bestand der heutigen Grenzen Polens erneut in Frage gestellt werden könnten.

Die heutigen Grenzen Polens gehen auf Vereinbarungen der „Großen Drei" (Roosevelt, Churchill, Stalin) auf der Teheraner Konferenz von 1943 zurück. Der Vorschlag einer Westverschiebung Polens stammt nicht, wie häufig zu hören ist, von Stalin, sondern von Churchill und war mit dem Versprechen an die damalige polnische Exilregierung Sikorski verbunden, Polen eine „glänzende Wiedergeburt" (Churchill) zu ermöglichen. Das berüchtigte Streichholzspiel Churchills führte in Europa zur größten ethnographischen Verschiebung seit der Völkerwanderung.

Seit 1772 hat Polen fünf Teilungen erlebt und war zeitweise sogar ganz ausgelöscht. Der Überfall der Deutschen Wehrmacht am 1. September 1939 leitete eine sechsjährige Schreckensherrschaft mit unsäglichen Leiden ein. Die offen erklärte Absicht der nationalsozialistischen Politik war es, die westliche Hälfte des Besatzungsgebietes „einzudeutschen" und die östliche in ein riesiges Arbeitslager zu verwandeln (nach dem Hitler-Stalin-Pakt war davon etwa die Hälfte des früheren polnischen Staatsgebietes mit rund 23 Millionen Einwohnern betroffen). Ab 1941 wurde das östliche Besatzungsgebiet, auf dem zuvor schon Stalins Schargen wüteten, zum Schauplatz der schlimmsten Verbrechen, die die Menschheit kennt. Oswiecem (Auschwitz) wurde zum Namen für die planmäßige industrielle Vernichtung von Millionen Menschen, die Opfer der mörderischen Rassenpolitik der Nazis wurden. Aber auch polnische Staatsangehörige, die nicht Juden waren, wurden zu Hundertausenden als Zwangsarbeiter ins „Reich" oder in die KZs deportiert. Die meisten kehrten nie mehr zurück.

Nirgends ist Geschichte so gegenwärtig, nirgends Gedenken an die Opfer der Naziverbrechen angemessener als in Polen. Das deutsch-polnische Verhältnis steht und fällt mit der Fähigkeit der Deutschen, das Vergangene nicht zu Vergessenen werden zu lassen. Willy Brandt brachte diesen Zusammenhang zum Ausdruck, als er am Mahnmal des Warschauer Ghettos niederkniete.

Helmut Kohl hat diese Tugend zu einer Not herabgewürdigt. Unmittelbar nach den Gedenkfeiern zum 50. Jahrestag des Naziüberfalls auf Polen, erpreßte die Bundesregierung von der neuen polnischen Regierung die symbolische Handreichung zur Versöhnung im Tausch gegen (viel zu geringe) Wirtschaftshilfen. In der Mazowiecki abgenötigten „gemeinsamen Erklärung" war erneut keine Garantie der Grenzen des heutigen polnischen Staatsgebietes enthalten. Seitdem sind nur wenige Monate vergangen. Heute versucht die Bundesregierung, die Anerkennung der polnischen Westgrenze als Verhandlungsmasse, als eine Art Faustpfand in die Verhandlungen mit den alliierten Westmächten um die Bedingungen einer Vereinigung von BRD und DDR einzubringen.

Der Zusammenbruch des „real existierenden" Sozialismus und die Aussicht auf eine Beendigung der Kalten Kriegs-Situation in Europa darf nicht dazu führen, daß historische Erfahrungen und ihre politischen Konsequenzen außer Karft gesetzt und neue Drohpotentiale aufgerichtet werden. Dies zu verhindern, kommt den beiden deutschen Staaten eine zentrale Rolle zu. Es ist an der Bundesrepublik, jetzt ein Zeichen zu setzen:

Vorbehaltlose und endgültige Anerkennung der heutigen Staatsgrenzen Polens!

Anerkennung der Schadenersatzansprüche von ehemaligen polnischen KZ-Häftlingen und Zwangsarbeitern!

Befürwortung der gleichberechtigten Teilnahme Polens und der übrigen europäischen Staaten, die von Nazideutschland überfallen und besetzt wurden, an den Deutschlandkonferenzen der Alliierten!

BRD ohne Armee

Durch die Umwälzungen in Osteuropa ist auch der beliebteste Vorwand für Rüstung und Militär entfallen. Wir haben jetzt die Chance, frei von ideologischen Schranken die tatsächlichen Notwendigkeiten der Zeit zu erkennen. Wir sind an einem Punkt angelangt, an dem die Überwindung von Krieg, Abschreckung und Militär möglich ist.

Militärische Verteidigung ist sinnlos und nicht zu verantworten

Moderne Industriegesellschaften sind nur um den Preis ihrer totalen Zerstörung militärisch zu verteidigen. In einem Industrieland mit Großstädten, Atomkraftwerken und chemischen Anlagen bedrohen selbst „konventionelle Waffen" in sog. „Friedenszeiten" das Leben vieler. Die Flugkatastrophen haben uns dies schrecklich vor Augen geführt.

Das Festhalten an Abschreckung und militärischer Verteidigung ist daher sinnlos, finanziell ruinös und politisch wie ethisch nicht zu verantworten.

Dem illusionären machtorientierten Sicherheitsdenken wollen wir nicht länger Geduld, Rohstoffe und Arbeitskraft opfern. Bundesdeutsche Rüstungsgüter werden in Kriegen und Bürgerkriegen in aller Welt eingesetzt.

Militär als Drohpotential dient direkt der Sicherung der wirtschaftlichen Macht der Industrienationen und damit dem Erhalt der gegenwärtigen internationalen Ausbeutungsverhältnisse. Die Entmilitarisierung eines der mächtigsten Industriestaaten wie der Bundesrepublik ist ein Schritt hin zur Entstehung einer gerechten Weltwirtschaft.

Angesichts von Hunger, Armut und drohender ökologischer Selbstvernichtung stellen wir fest: Rüstung tötet auch ohne Krieg.

Militär ist demokratiefeindlich

Die Bundeswehr soll nationale Identität stiften und ist Symbol für die Einbindung in die NATO und deren Kriegsszenarien.

Die Existenz des Militärs behindert demokratische Entwicklungen. Es trägt das Prinzip von Befehl und Gehorsam in die Gesellschaft hinein. In diese „Wertvorstellung" wird ein Großteil der heranwachsenden Bevölkerung mit Hilfe der Wehrpflicht unmittelbar eingebunden. Die Wehrpflicht steht wie andere zivilmilitärische Dienstpflichten/Zwangsdienste im Gegensatz zu freiheitlichen Lebensformen. Außerdem fördert das Militär patriachale Verhaltensweisen.

Eine humane Gesellschaft beruht auf der ausnahmslosen Achtung vor dem Leben und der Würde aller Menschen; sie lebt von der Selbstverantwortlichkeit, dem Gerechtigkeitssinn und der Zivilcourage der Einzelnen; ihre Stärke zeigt sich in der Fähigkeit zu gewaltlosen Konfliktlösungen.

Unser Ziel ist eine waffenfreie, ökologische und gerechte Welt. Unsere Hoffnung ist ein gemeinsames Haus Europa mit gutnachbarschaftlichen Beziehungen — also ohne Armeen, ohne Ausbeutung der „Dritten Welt" und ohne Naturzerstörung, in dem alle Völker in freier Selbstbestimmung zusammenleben.

Einen entscheidenden Beitrag, den wir dazu leisten können: die Abschaffung der Bundeswehr.

Ohne Waffen sind wir nicht wehrlos

Das Militär wird sich nicht von selbst abschaffen. Mit den Methoden des gewaltfreien Widerstandes — auch in Form des Zivilen Ungehorsams — können wir unser Ziel, die Abschaffung von Rüstung und Militär, durchsetzen. Das Konzept der Sozialen Verteidigung bietet die Möglichkeit, die angestrebte entmilitarisierte Gesellschaft in die Lage zu versetzen, sich ohne Waffen gegen gewaltsame Übergriffe von außen und innen zu verteidigen.

Entmilitarisierung der Bundesrepublik schließt ein:

Abschaffung der Bundeswehr und des Bundesgrenzschutzes! Abzug aller ausländischen Streitkräfte! Aufhebung der Wehrpflicht! Grundrecht auf Militärsteuerverweigerung! Stopp aller Rüstungsexporte! Umstellung militärischer Forschung und Produktion auf die Erzeugung ziviler, nützlicher und ökologisch verträglicher Güter! Berufliche Eingliederung derer, die heute von Militär und Rüstung abhängig sind! Streichung aller Militärausgaben! Überwindung des militärischen Denkens und militärischer Strukturen!

Wir beabsichtigen:

- *In unseren Lebensbereichen alles zu tun, um dem Militär nicht länger zu dienen oder es zu unterstützen.*
- *Auf allen politischen Ebenen für die Abschaffung der Bundeswehr zu arbeiten.*
- *Mit den Mitteln und Methoden der gewaltfreien Aktion Militär und Rüstung zu bekämpfen.*

Für Frieden, Gerechtigkeit und Erhalt der Umwelt:

Abschaffung der Bundeswehr jetzt! Für eine BRD ohne Armee!

links
SOZIALISTISCHE ZEITUNG

April 1990
links-Interview mit Lazslo Vargas über Ungarn
Die Reformen stellen auch eine Bezugsgröße zu 1956 dar
mit Helmut Frauendorfer über Rumänien
„Was heißt Geheimdienst? Es gibt die Securitate!"
mit Redakteurinnen der Leipziger Frauenzeitung „Zaunreiterin"
Bewegte Frauen

beobachtet und kommentiert, analysiert und kritisiert Veränderungen der Gesellschaft und die eigene Position.

Politische Kritik mit theoretischem Anspruch.

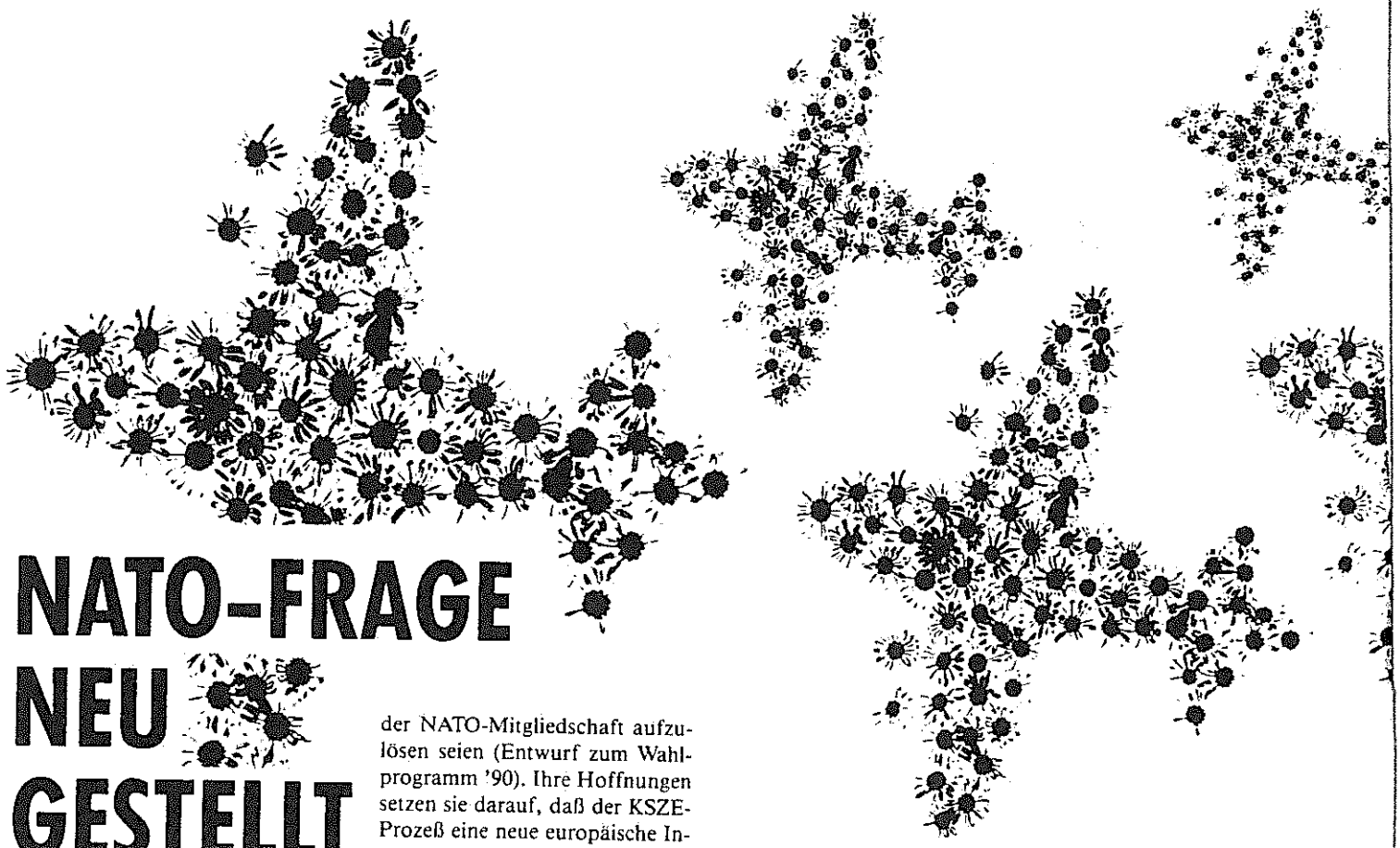
Ich bestelle
☐ 1 Probeexemplar (kostenlos)
— Ex. *links* vom ..... (Einzelheft 6,— DM)

Name: _____

Straße: _____

Ort: _____

links, PF 10 20 62, 6050 Offenbach



NATO-FRAGE NEU GESTELLT

Europapolitisch entsteht die Situation höchster Brisanz. Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten ist nicht aufzuhalten; diese Vereinigung verläuft ungleich rascher als die Herausbildung einer europäischen Friedensordnung. Während in der Mitte Europas ein neuer ökonomischer Riese entsteht, der sich mit der Rolle eines politischen Zwerges gewiß nicht bescheiden wird, befindet sich die Auflösung der Militärblöcke in eine neue Friedensordnung noch nicht einmal in den ersten Anfängen.

So wird die Bündniszugehörigkeit des bevorstehenden Gesamtdeutschlands zu einer zentralen Frage. An den Antworten darauf wird die geschichtliche Verantwortung der Deutschen zu messen sein: Ob sie die Einheit als ungebundener Nationalstaat oder die Einigung Europas wollen. Beides schließt einander aus.

Die bisherigen Mehrheitspositionen der GRÜNEN haben sich noch nicht auf die Probleme eingelassen, die sich aus der unterschiedlichen Geschwindigkeit des deutschen und des europäischen Einigungsprozesses ergeben. Für eine junge Partei ungewöhnlich altersstarrsinnig, halten sie an der Vorstellung fest, daß die Militärblöcke u.a. durch einen Abzug der alliierten Truppen aus der Bundesrepublik und aus West-Berlin und durch die Kündigung der NATO-Mitgliedschaft aufzulösen seien (Entwurf zum Wahlprogramm '90). Ihre Hoffnungen setzen sie darauf, daß der KSZE-Prozeß eine neue europäische Integrationsstruktur schaffen werde, die dann auch ein Gesamtdeutschland einbinden kann. Das Entstehen dieses Deutschlands wird — und hier liegt der entscheidende Fehler — einer europäischen Friedensordnung zeitlich nachfolgend gedacht.

Hinzu kommt, daß diesen Vorstellungen zufolge auch die Mitgliedschaft in der EG aufgegeben werden soll. Noch bei der letzten Sitzung des Bundeshauptausschusses wurde aus dem Konföderationsantrag ein Passus herausgestimmt, der die Möglichkeit eines DDR-Beitritts zur EG behandelte.

Dies, obwohl es eindeutige Bekundungen von den baltischen bis zu den mitteleuropäischen Ländern gibt, der EG beitreten zu wollen. Nicht Ablehnung, sondern konstruktive Weiterentwicklung und Demokratisierung der EG wären daher angesagt. Mehr denn je darf deutsche Politik, sofern sie neuen Nationalismus vermeiden will, die Mitgliedschaft in der EG nicht nur nicht in Frage stellen, sondern sie muß ihre Entwicklung hin zur politischen Union aktiv betreiben. Der KSZE-Prozeß hat hier die Aufgabe, unter den heute günstigen Bedingungen die EG-Entwicklung von der westeuropäischen auf die gesamteuropäische Ebene zu heben.

Zwei Jahre zurück bewegte die Kontroverse um die NATO schon einmal die Gemüter in und um die Friedensbewegung. Der "deutschlandpolitische" Handlungsbedarf hat diesen Streit von Neuem belebt. Die "Fronten" der Auseinandersetzung bei den Grünen wurden jüngst bereits von Dietrich Wetzel abgesteckt. Nachfolgend wird sein Beitrag aus der hessischen Parteizeitung "Stichwort Grün" dokumentiert. Eine Erwiderung von Andreas Buro erscheint in der Mai-Ausgabe der LINKS. (Weitere Beiträge zu diesem Thema in LINKS, Nr. 212 ff, 1987)

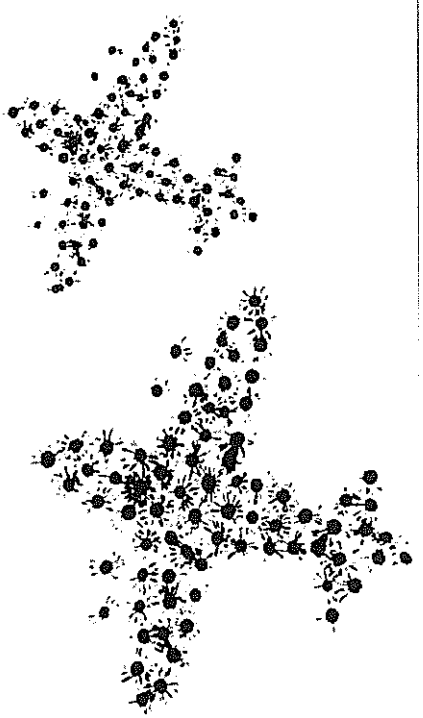
Faktisch liefe eine Politik der Herauslösung aus den Integrationsstrukturen der NATO und der EG auf die Verselbständigung eines vereinten Deutschlands hinaus. Das Gespenst eines neuen deutschen Nationalstaats würde Wirklichkeit.

Welche Perspektiven haben nun NATO und Warschauer Pakt? Angesichts der Veränderungen in den osteuropäischen Staaten wird die Sowjetunion kaum auf die militärische Unterstützung der übrigen Paktmitglieder gegen die NATO-Staaten bauen können. Insofern ist die alte Struktur des Warschauer Pakts zerbrochen. Hinzu treten einseitige Abrüstungsmaßnahmen sowie der teilweise Rückzug sowjetischer Verbände aus den Mitgliedsländern. Wenn sich aber der Warschauer Pakt als kriegsfähiges Bündnis auflöst, dann stellt sich auch der NATO die Frage nach ihrer Daseinsberechtigung. Hier jedoch kommt noch ein anderer Begründungszusammenhang ins Spiel, der mit der geschichtlichen Rolle Deutschlands zu tun hat.

Die NATO war ja immer auch ein Instrument zur Kontrolle der Bundesrepublik, um zu verhindern, daß Deutschland eine Politik des Sonderwegs betreibt. Daher hatte die Bundeswehr nie ein eigenes Oberkommando, sondern war auch in Friedenszeiten dem Oberbefehl der NATO unterstellt.

Gerade an dieser Stelle zeigt sich das politische Unverständnis des jüngsten BHA-Beschlusses zur Deutschlandpolitik. Da ist vom Ausscheiden beider konföderierter Staaten aus der militärischen Integration von NATO und Warschauer Pakt die Rede und vom schrittweisen Abzug der alliierten

aus: "Stichwort Grün", April 1990



Truppen aus beiden deutschen Staaten, parallel zur Auflösung von Bundeswehr und NVA. Das Ergebnis des damit eingeleiteten Prozesses wäre nichts anderes als eine nationalstaatliche Neutralisierung Deutschlands!

Hier ist auch der Illusion entgegenzutreten, mit unserer Entmilitarisierungskampagne in beiden deutschen Staaten könne eine ausreichende Sicherheitsgarantie für Europa erreicht werden. Der Glaube daran basiert auf der Reduzierung des Friedensbegriffs auf das Militärische. Gerade die deutsche Geschichte hat gezeigt, daß ein entmilitarisierter Status keine Garantie dafür bietet, daß daraus nicht wieder Brandstiftung wird. Die Remilitarisierung in der Weimarer Zeit ging blitzschnell.

Warum aber finden in grünen Gremien derartige Positionen noch immer Mehrheiten? Wohl vor allem deshalb, weil der kapitalistische Westen generell als das »Reich des Bösen« gilt und dabei die realen Gefahren, die von einem wirtschaftlichen und machtpolitischen Koloß Deutschland ausgehen, gar nicht wahrgenommen werden. Diese nationale, anti-westliche Grundeinstellung bedingt eine Borniertheit gegenüber den domestizierenden und europäisierenden Wirkungen der NATO- und EG-Mitgliedschaft. Im Hinblick auf die realen Gefahren eines deutschen Europas, bedeutet das Festhalten an einer undifferenzierten Anti-NATO- und Anti-EG-Politik die Stärkung jener konservativen und reaktionären Kräfte, die immer schon auf eine Rückkehr zur nationalbestimmten, mitteleuropäischen Hegemonialpolitik eines ungebundenen Deutschlands gewartet haben.

Das Grundproblem im Zusammenhang künftiger Bündniszugehörigkeit entsteht aus der prekären Lage, die Verselbständigung Deutschlands zu verhindern und gleichzeitig die Sicherheitsinteressen der Sowjetunion zu berücksichtigen. Dabei ist die Ausdehnung der EG durch Beitritt der mittel- und osteuropäischen Staaten bis zur Grenze der Sowjetunion mehr eine Frage der Zeit denn ein grundsätzliches Problem. Eine entsprechende Ausdehnung der NATO jedoch würde unmittelbar zu einer Isolierung der Sowjetunion führen. Schon die militärische und politische Integration des entstehenden Gesamtdeutschlands in die NATO würde die Instabilitäten der Sowjetunion verschärfen, vermutlich das politische Ende Gorbatschows bedeuten und zu einer erneuten Militarisierung der sowjetischen Politik führen.

Aber auch ohne dieses schlechteste aller denkbaren Szenarien bleibt für den Westen das Problem, daß die Entwicklung der Sowjetunion bisher nicht prognostizierbar ist. Noch ist die UdSSR kein gesicherter, demokratischer Rechtsstaat, noch besteht die große Gefahr einer Kehrtwende in Richtung militaristischer Großmachtpolitik. So lange aber in der Sowjetunion keine irreversiblen Fakten geschaffen sind, wäre es unvertretbar, die militärische Präsenz der USA in Europa völlig abschaffen zu wollen.

Hinzu kommt, daß auch die gegenwärtige Führung der Sowjetunion stark von traditionell russischer Europapolitik beeinflußt ist. Das zeigen die schon seit Stalin lancierten Vorstöße zugunsten eines neutralisierten Deutschlands auf der Grundlage eines neuen Rapallo. Auch in der gegenwärtigen komplizierten Lage einer Renationalisierung deutscher Außen- und Innenpolitik scheinen Gorbatschow und Schewardnadse Hoffnungen auf ein Herausbrechen des sich entwikkelnden Deutschlands aus der Westeinbindung und auf deutsch-sowjetische Sonderbeziehungen zu setzen. Sie scheinen solcher Politik mehr Geschmack abzugewinnen als ihrer nüchternen Analyse, daß es Sicherheit vor einem Europa erneut bedrohenden Deutschland nur durch dessen Einbindung in die historisch bewährten Integrationsstrukturen geben kann.

Im Hinblick auf diese europäischen Sicherheitsinteressen gegenüber teutonischen Anmaßungen, wird auf absehbare Zeit eine Integrationsstruktur erforderlich bleiben, die auf jeden Fall die USA mit einbezieht. Dies nicht nur aus kulturellen Gründen, sondern vor allem aus machtpolitischen. Die USA sind die einzige westliche Macht, die fähig ist, die Bundesrepublik und erst recht Deutschland in Europa in Schranken zu halten. Weder Frankreich noch Großbritannien kommen gegen die strotzende Kraft eines deutschen Vaterlandes an.

Die Entwicklung gesamteuropäischer Integrationsstrukturen aus den westeuropäischen, atlantischen heraus, ergibt sich nicht nur zwingend aus dem deutschen Problem. Sie sind ebenso erforderlich zur Absicherung und Stabilisierung der demokratischen Erneuerung der mittel- und osteuropäischen Staaten. Nicht von ungefähr beginnen die Polen sich Sorgen zu machen, daß sie erneut zu einem Pufferstaat zwischen Deutschland und Rußland werden könnten.

Es ist hier nicht der Platz, detaillierte Konsequenzen aus den vorgetragenen Überlegungen zu ziehen. Wünschenswert wäre eine systematische Debatte der GRÜNEN über die diversen Vorschläge von Momper und Genscher. Beide haben versucht, die komplizierten und komplexen Interessenlagen produktiv für die europäische Einigung abzugleichen.

Der Momper-Vorschlag will durch eine Übertragung der Vier-Mächte-Verantwortung auf die DDR sowohl die NATO-Einbindung der BRD bewahren und gleichzeitig die Sicherheitsinteressen der Sowjetunion berücksichtigen. Sein Nachteil liegt in der Gefahr, daß in der DDR nationalistische Stimmungen gegen »Fremdherrschaft« entstehen und auch auf die heutige Bundesrepublik übergreifen.

Demgegenüber scheint der Genscher-Vorschlag realistischer und tragfähiger zu sein. Er will die NATO-Mitgliedschaft eines vereinigten Deutschlands dadurch für die Sowjetunion annehmbar gestalten, daß die heutige DDR von NATO-Truppen frei bleibt, daß das Einsatzgebiet der NATO nicht ausgedehnt wird.

Zu überlegen wäre die Variante, einer demokratisch legitimierten Sowjetunion vertraglich das Recht einzuräumen, für einen bestimmten Zeitraum ein gewisses Kontingent ihrer Truppen in der heutigen DDR zu stationieren. Dieser Zeitraum fände sein Ende mit der Herausbildung einer europäischen Union oder Konföderation, die nationalstaatliche Alleingänge ausschließen.

Wie auch immer: Es kommt auf eine Zivilisierung der NATO an und diese kann sehr gut mit dem KSZE-Prozeß synchronisiert werden. Je mehr Abrüstung, Vertrauensbildung, je mehr gesamteuropäische Institutionen und Verflechtungen entstehen, vor allem aber eine demokratisierte EG zu einer politischen Union oder Föderation gesamteuropäischen Ausmaßes wird, umso mehr wird die NATO absterben. Ein deutscher Sonderweg wäre nur schädlich.

Dietrich Wetzel

I U G INITIATIVE FÜR UNABHÄNGIGE GEWERKSCHAFTEN

INFO Nr.: 6 19. März 1990

ARBEITSTREFFEN DER IUG MIT DEM SOZIALISTISCHEN BÜRO

"Die Opposition in der Gewerkschaft ist eine legale Instanz", so die Äußerung eines ehrenamtlichen Redaktionsmitgliedes des "express", auf einem kürzlich stattgefundenen Seminar, zu dem das Sozialistische Büro (SB) mit Sitz in Offenbach a.M. einige Freunde der IUG eingeladen hatte.
Das SB wurde im April 1969 gegründet und rekrutierte sich schon damals auch aus Kreisen kritischer Gewerkschafter. Es werden vom SB verschiedene Publikationen herausgegeben ("links", "express", "Widersprüche", "Informationsrundbriefe"). Uns interessierte natürlich besonders der "express", der sich nach eigenem Selbstverständnis als Sprachrohr der Kolleginnen und Kollegen versteht, die linksorientierte Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit machen. Er gibt Informationen "über die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit" und bezieht seine Resonanz u.a. daraus, daß man dort Beiträge findet, die in den traditionellen Gewerkschaftszeitungen eben fehlen.
Neben Erfahrungen bei der Herausgabe speziell dieser Zeitung ging es uns auch darum, mehr über die Arbeitsweise des SB zu erfahren. Eigentlicher Schwerpunkt unseres Treffens war jedoch ein ganztägiges Seminar zur Gewerkschaftsproblematik.
Die Freunde vom SB hatten dazu haupt- und ehrenamtliche Redaktionsmitglieder des "express", aktive, z.T. auch in Betriebsratsarbeit erfahrene Gewerkschafter (IG Metall, IG Chemie, Dt. Postgewerkschaft, DAG) und einen Vertreter des AFT (.....) eingeladen. Inhaltlich haben wir die Gewerkschaftsprobleme aus Ost und West diskutiert. Die angeschobene Vereinigung beider deutscher Staaten zieht die Frage nach wirksamer Interessenvertretung mit Nachdruck auf den Tisch und das für die Lohnabhängigen auf beiden Seiten der Grenze. Um so dringender interessierten uns gerade jene Erfahrungen bundesdeutscher Gewerkschafter, die uns die Möglichkeiten und Grenzen ihrer Arbeit deutlich machen. Und hier wurde in Offenbach eine wohltuend ehrliche Sprache gesprochen. Im Gegensatz zu manchem auf Vortragsreisen geshickten Gewerkschaftsfunktionär, der versucht, uns nur auf die vielfältigen und schimmernden Auslagen seines westlichen Gewerkschaftshauses blicken zu lassen. Da, wo es nicht so glänzt, werden dann die Sicht versperrende bunte Vorhänge drapiert.
Gerade um auf Beschränkungen der Gewerkschaftsarbeit immer wieder aufmerksam zu machen und wirksam dagegen vorzugehen bedarf es eines kämpferischen Engagements. Das führt schließlich auch dazu, daß es nicht immer so schön "einheitlich" zugeht (denn wo Widersprüche nicht ausgesprochen und ausgetragen werden können, stagniert auch Gewerkschaftsarbeit). Eine Opposition in der Gewerkschaft kann somit durchaus produktiver Interessenvertretung dienen.
Unsere, viele Fragen berührende Diskussion brachte zum Schluß zwei wichtige Absprachen. Erstens wollen wir auf der Suche nach einer gemeinsamen Perspektive eine (erst einmal so genannte) Ost-West-Akademie für Arbeit-

Soziales-Ökologie ins Leben rufen, die zu folgenden thematischen Schwerpunkten Arbeitstreffen organisieren will:
- Gewerkschaftsarbeit und gesellschaftliche Utopie
- Gewerkschaftsgesetz und Arbeitsgesetzbuch
- Mitbestimmung in ökologischen Fragen
- neue Technologien und gewerkschaftliche Interessenvertretung.

Diese Treffen sollen Vertretern aus Ost und West eine Plattform für Gedanken- und Erfahrungsaustausch bieten.

IUG-Vertreter sind an der Organisation und Gestaltung dieser Arbeitskreise beteiligt und können Interessierte entsprechend informieren bzw. Kontakt herstellen.
Zweitens wollen wir gemeinsam mit den Freunden vom SB Basiskontakte vermitteln, d.h. Treffen von Kollegen aus Betrieben, Austausch von Materialien usw.

Sonja Häder

I N S E R A T

Welche Betriebsgruppe mochte Kontakt zu Betriebsgruppen aus der Bundesrepublik?

Wir vermitteln Euch entsprechende Adressen. Für alles andere mußt ihr selber sorgen (Unterkunft, Gaststattenbestellung oder andere Verpflegung, Besuchsprogramm usw.) Nach unserer Erfahrung sind die Kollegen aus dem Westen sehr daran interessiert, sich einmal ohne Funktionare und Chefs zu treffen und sehen bestimmt kein Hindernis darin, daß wir ihnen vielleicht nicht immer das bieten konnen, was sie von druben gewohnt sind. Toll ware naturlich auch eine Betriebsbesichtigung - keine Angst, viele Direktoren genehmigen sowas bereits.

Euern Bedarf meldet bitte schriftlich bei der Redaktion des INFO an

Initiative für unabhängige Gewerkschaften

Kontaktadressen:
Renate Hürtgen,
1058 Berlin, Sredzkistr. 31
Sonja Häder,
1058 Berlin, Schönhauser Allee 147 A

express
die Zeitung der
undogmatischen
Gewerkschaftslinken

Junktim zwischen nationaler und sozialer Frage

Keine Partei wird ihren Wählern mehr erklären können, warum in einer Zeit allgemeiner Abrüstung und Entspannung 50 Milliarden DM in den „Jäger 90" oder 5 Milliarden in ein unnützes technisches Riesenspielzeug wie den neuen Transrapid gesteckt werden sollen, statt daß diese Gelder für den Aufbau einer neuen Sozialversicherung in der DDR oder für die Sanierung der Dresdner und Leipziger Altstadt bereitgestellt werden.

Lafontaine wird es den deutschen Stammtischen schon klarmachen, daß die Sanierung der maroden DDR-Wirtschaft und der soziale Ausgleich mit den Ostdeutschen vor allem aus dem Rüstungsetat finanziert werden muß. Woher denn sonst? Eröffnen sich da für eine linke und grüne Politik nicht ganz neue Perspektiven?

Michael Schneider
im neuen *express*

Außerdem in der **April-Ausgabe** des *express*:

ErzieherInnenstreiks — bundeseinheitlich oder lokal handeln? ● Gewerkschaftliche Nicaragua-Soli: böses Erwachen ● IG Metall — Ausschlüsse ohne Ende ● Betriebsratswahlen: Erfolge für Linke? ● Gewerkschaften in der Türkei ● ÖTV hat Angst vor Mitgliedern ● Europa: was diskutieren die Euro-Linken? ● Gewerkschaftsspiegel ● Betriebsspiegel ● Buchbesprechung u.v.m.

Einzelheft DM 5,—
Abonnement DM 54,—
(incl. Porto)

☐ Bitte schicken Sie mir **kostenlos** „express" zum Kennenlernen.

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Bezug: **Verlag 2000,**
Postfach 10 20 62,
6050 Offenbach 1,
Tel. 069/88 50 06

WIDER SPRÜCHE

Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- u. Sozialbereich

MORALISIERUNGS*DISKURS* (Heft 33)

Amendt: Ein Opfermythos. Betrachtungen zur Abtreibungsdebatte ● *Sünker:* Wider die Moralisierung des Politischen ● *Brumlik:* Bildung zur Gerechtigkeit. Über Moralpädagogik und Jugendarbeit ● *von Praunheim — Dannecker:* Das ist kriminell. Ein Streitgespräch über AIDS ● *Hafeneger:* Alltagsmoral(en) in der Sozialarbeit ● *Braun:* Die Vermittlung von pädagogischer Theorie und Praxis als subjektive Entwicklungsaufgabe ● *Gruschka:* Gefeierter Widerspruch durch Bildung

100 Seiten, DM 14,—

REGION (Heft 32)

Red. Widersprüche: Politik des Sozialen ● *Macke:* Stadtmodernisierung am Beispiel München ● *Böhnisch:* Bilder des ideologischen Regionalismus ● *Wagner:* Kultur für Alle — Zwanzig Jahre Frankfurter Kulturpolitik ● *Chassé:* Ist das Land noch ländlich? ● *Gläss / Otto:* Denn nur eines ist die Rente — sicher! ● *Koch-Oehmen:* Überflüssige oder überfällige Debatten um die Gesamtschule? ● *Körber:* Krise der Gesellschaft — Krise des Individuums ● *Rohrmann:* Die Pathologisierung von Armut — am Beispiel der sog. „Nichtseßhaften"

98 Seiten, DM 14,—

POLITIK DES SOZIALEN (Heft 31)

Diemer: Für eine „Politik des Sozialen" ● *Chassé:* Lebensweise und Sozialstaat ● *Geissler:* Sozialpolitik für Frauen: zunächst einmal gleiche Rechte ● *Martiny:* Einige Voraussetzungen für eine Politik des Sozialen: Das Beispiel der nichtverheirateten Frauen ● *Glaß:* Zwischen Bangen und Hoffen — Verarbeitungsformen von Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen ● *Fesel:* Subjekte und Akteurinnen der Sozialpolitik: Sozialarbeit als alter und neuer Frauenberuf ● *Ostner:* Am Staat vorbei? — Sozialarbeit mit armen Frauen ● *Völker:* Bericht vom sozialpolitischen Forum der AG SPAK ● *AG SPAK:* Sozial kaputt? Sozialpolitische Initiativen (nicht mehr) im Bundesinteresse? ● *Sonnenfeld:* Gesundheit durch Selbstkontrolle

92 Seiten, DM 14,—

UNSER KENNENLERN-ANGEBOT
Schicken Sie uns einen 20,— DM-Schein und wir senden Ihnen den ersten Jahrgang (Hefte 1—5) oder zwei Hefte Ihrer Wahl
Bezug: Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach

PERSPEKTIVEN -

Linke Politik in den Neunzigern

Offene
Arbeitsgruppen- und Mitgliedertagung
des SOZIALISTISCHEN BÜRO

23./24.6.1990

Frankfurt/M.

Viel ist in den vergangenen Jahren über die Veränderungen nachgedacht und diskutiert worden, die die Umstrukturierungsprozesse in den Gesellschaftssystemen und den politischen Konstellationen "zwischen Ost und West" hervorgerufen haben. Weder in den anspruchsvollen Debatten um den kapitalistischen Strukturwandel, der durch die Neuen Technologien ausgelöst wurde, noch in der (emotional aufgeladenen) Auseinandersetzung mit den Folgen des Erosionsprozesses der "realsozialistischen" Herrschaftssysteme haben jedoch die in diesen Entwicklungen enthaltenen emanzipatorischen Momente eine nennenswerte Rolle gespielt - als sei das "Projekt eines besseren Lebens" in dem "Gesellschaftsmodell des Westens" ein für allemal aufgehoben.

Z.Zt. überschattet die Fusion der beiden deutschen Staaten alle anderen Problemlagen. Mit dem Verlust der - wenn auch schlechten, so doch real existiert habenden - Alternative scheint zugleich das Motiv der Kritik an den gesellschaftlichen Bedingungen politisch abzusterben, die die Entfaltung des möglichen Maßes an Freiheit, Glück, Wohlstand der Menschen verhindern. Die Perspektive auf eine solidarische und egalitäre Arbeits- und Gesellschaftspolitik ist weniger denn je aus überlieferten Konzepten zu gewinnen, sondern bildet (und verändert) sich in der kritischen Auseinandersetzung mit konkreten gesellschaftlichen Erfahrungen. Diesen realpolitischen Bezug muß sich "die Linke" erst wieder und neu aneignen.

Zum Ausgangspunkt einer solchen Diskussion und Arbeit soll die offene Arbeitsgruppen- und Mitgliedertagung des SB werden. Ihre Teilnahme haben u.a. GenossInnen aus Österreich, der Schweiz und der DDR zugesagt. Die Themen im einzelnen und die ReferentInnen bzw. die Arbeitsgruppen werden in den Zeitschriften des SB angekündigt.

Weitere Informationen und Kontakt:
Sozialistisches Büro, Postfach 1o2o62,
Bleichstr. 5/7, 6o5o Offenbach/M. 1
Tel.: o69/885oo6. Fax: o69/821116

EINLADUNG zu einer Wochenend-Tagung am 8./9. Juni 1990
veranstaltet von der Initiative „LEBENDIGE ARBEIT — FREIE ZEIT"

Arbeitszeitverkürzung für Alle — Ziel 6-Stunden-Tag?

Orientierungsprobleme für eine emanzipatorische Zeitpolitik

Die Zielvorstellung von „Gleichheit" und „Einheitlichkeit" der Arbeits- und Lebensbedingungen ist heute zunehmend umstritten. Während des Wochenendseminars soll die Spannweite von den einstmaligen linken Utopie einer Vergesellschaftung bis zu den heute teilweise populären Visionen einer „Emanzipation" durch die Pluralisierung von Lebensstilen abgeleuchtet werden. Die Diskussion über Arbeitszeitkonzepte bewegt sich innerhalb dieses Spannungsfeldes. Kontrovers wird beurteilt, inwieweit an einer kollektiven Definition von Arbeits(zeit)normen festgehalten werden kann und muß, oder, ob eine „optionale" Wahl von (zeitlichen) Rahmenbedingungen der Arbeit neue gesellschaftliche Gestaltungsmöglichkeiten und individuelle Freiräume eröffnen kann.

Wir wollen die derzeitig vorliegenden arbeitszeitpolitischen Utopien und Modelle prüfen. Gegebenenfalls sollen neue Definitionen eines „Normal-Arbeitstages" entworfen und praktische arbeitszeitpolitische Handlungsstrategien entwickelt werden.

Folgende Beiträge sind geplant:

Der 6-Stunden-Tag — ein neuer Normalarbeitstag?
Frauenspezifische Arbeitszeit-Interessen und gewerkschaftliche Forderungskonzepte — Ein Überblick / *Elisabeth Vogelheim (Frankfurt)*

Das Konzept „optionaler" Arbeitszeitverkürzungen —
ein alternativer Weg zu mehr Beschäftigung und Lebensqualität? *N.N.*

Die Bedeutung von tarifpolitischen Normen
für die Gestaltung sozialer Lebensverhältnisse und für die Wahrung der gewerkschaftlichen Handlungsfähigkeit / *Hans Janßen (Münster)*

Gleitzeitregelungen: Gestaltungsmöglichkeiten und betriebliche Praxis —
unter besonderer Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Interessenlagen
Aida Bosch (Erlangen)

Beginn: Freitag, 8. Juni, 18 Uhr / vorauss. Ende: Samstag, 9. Juni, 18 Uhr.
Tagungshaus: Jugendbildungsstätte „Auf dem Dörnberg" bei Zierenberg/Kassel
(Teilnehmerbeitrag ca. 50,— DM)

ANMELDUNGEN (bis 18. Mai) an:
Sozialistisches Büro, Bleichstr. 5-7, PF 10 20 62, 6050 Offenbach
Tel. 069/88 50 06, Fax 069/82 11 16
oder: Norbert Engelhardt, Hermann-Föge-Weg 14, 3400 Göttingen

Lebendige Arbeit
FREIE ZEIT

Eine Initiative des SB zur Arbeitszeitverkürzung

Seit die IG Metall mit den tarifpolitischen Beschlüssen des Gewerkschaftstages in Berlin die öffentliche Auseinandersetzung um gesellschaftspolitische Perspektiven einer radikalen Arbeitszeitverkürzung abgewürgt hat, kann die Initiative LEBENDIGE ARBEIT - FREIE ZEIT weniger als bisher im Wind gewerkschaftlicher Debatten segeln, sondern muß selbst Akzente in der Diskussion setzen. Ein erster Schritt dazu war der Kongreß "EMANZIPATION UND SOLIDARITÄT", den die Initiative am 17. und 18.11.1989 in Frankfurt durchgeführt hat. Drei, in der aktuellen Tarifauseinandersetzung unterbelichtete Dimensionen der Arbeitszeitproblematik wurden insbesondere in den Foren des Kongresses beleuchtet: die beschäftigungspolitische Dimension, die Dimension der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und die internationale Dimension. Die wichtigsten Beiträge wurden in den Ausgaben Februar, März und April des "express" dokumentiert.

Bestellungen und Bezug: Sozialistisches Büro, Postfach 1o2o62, Bleichstr. 5/7, 6o5o Offenbach/M. 1 - Tel.: o69/885oo6, Fax: o69/821116

S T E U E R F Ü R R E F O R M und
U M V E R T E I L U N G fürs SB

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

nicht wenige von Euch haben ab dem 1. Januar 1990 einiges mehr im Geldbeutel.

Peinlich oder nicht - daß einem solche "Geschenke" von dieser Bundesregierung gemacht werden, aber die Logik der Umverteilung hat es schon.

Wir bitten Euch daher sehr herzlich zu prüfen, ob nicht die Anpassung des Beitrages möglich ist. Sprich - eine Erhöhung. Viele von Euch zahlen schon seit etlichen Jahren den gleichen Beitragssatz. Aber die neuen Aufgaben (etwa Unterstützungen in Osteuropa) und endlich auch mal fällige Lohnerhöhungen der SB-Beschäftigten, wie steigende Mietkosten (fürs Büro)machen erhöhte Beitragsleistungen der Mitglieder und Förderer nötig.

Bei den Abos können wir die Preise noch in etwa jährlich anpassen (Druck- und Papierkosten, horrende Steigerungen beim Porto), bei den Mitgliedern ist das nicht so ohne weiteres möglich.

Deshalb unsere Bitte: unterstützt uns nach Möglichkeit (wir wissen ja: auch im SB gibt es die Zwei-Drittel-Gesellschaft)mit einem regelmäßigen höheren Beitrag.

Oder spendet gezielt für unsere Aktivitäten: etwa durch Patenschaftsabos in die DDR, Spenden für die Initiative LEBENDIGE ARBEIT - FREIE ZEIT.

Oder gebt uns Darlehen (Anträge auf Anfrage beim Büro).

Herzlichen Dank! Euer Arbeitsausschuß

i.A.

Satz für Satz

Beim Verlag 2000 setzt es was: Für das Sozialistische Büro werden die Periodika „links", „express" und „Widersprüche" sowie andere Veröffentlichungen mit Fotosatz hergestellt.

Kapazitäten . . .

. . . haben wir noch frei. Wer also einen selbstverwalteten Betrieb und ein politisches Projekt — das SB — für unterstützenswert hält, sollte einmal nachfragen, ob wir uns für ihn/sie auf die Hinterbeine **setzen** wollen.

Zuverlässig. . .

. . . sind wir sowieso und auch unseren **Preis wert.**

Anfragen an:

Verlag 2000, Satz: Undine Büch und Birgit Letsch,
Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach 1, ☎ 069 / 88 50 06

Unterstützung für die oppositionellen Bewegungen

Das SB und die Zeitschriftenredaktionen unterstützen die oppositionellen Bewegungen in Ost- und Mitteleuropa nicht nur mit Informationen. In der nächsten Zeit sind eine Reihe von gemeinsamen Veranstaltungen und weiteren Aktivitäten in der DDR geplant. Diese Arbeit erfordert nicht nur inhaltliche und personelle Kapazitäten; sie kostet schlicht auch Geld und zwar nicht wenig. Die starke Beanspruchung erreicht jetzt eine Grenze unserer Möglichkeiten. Daher möchten wir alle Genossinnen und Genossen um Hilfe und ihre Unterstützung bitten. Dazu bietet das SB an:

- *Geschenkabos für FreundInnen und GenossInnen in der DDR. Auf dem Titelblatt des Informationsrundbriefes ist eine Karte aufgeklebt, mit der Geschenkabos bestellt werden können;*
- *Spenden, die zur Finanzierung der Unterstützungs- und Entlastungsarbeit des SB für die Oppositionsgruppen verwendet werden. Dafür haben wir ein Spendenkonto eingerichtet:*

ÖKOBANK Frankfurt
Kto. Nr. 160 000 19
BLZ 500 901 00
Stichwort: SB-Soli

Soll diese Arbeit ausgeweitet werden, so ist dafür die Schaffung einer Infrastruktur "vor Ort" unerläßlich. Konkret: Es soll ein Kopiergerät und eine Druckmaschine im "Haus der Erneuerung" (bisher Domizil der Kreisleitung der SED) in Ostberlin aufgestellt werden, möglichst auch ein PC, mit dessen Hilfe der InteressentInnen von dort aus mit Informationen versorgt werden können. Um diese Anschaffungen finanzieren zu können, schlagen wir vor, daß möglichst alle SB-GenossInnen einen Beitrag leisten und eine einmalige Spende im Rahmen ihrer Möglichkeiten aufbringen. Wenn jedes Mitglied beispielsweise DM 1oo,- spenden würde, wären wir der Realisierung bereits sehr nahe ....

Für Euer Engagement und Eure Bereitschaft zur Unterstützung möchten wir uns im voraus bedanken!

ARBEITSAUSSCHUß des SB

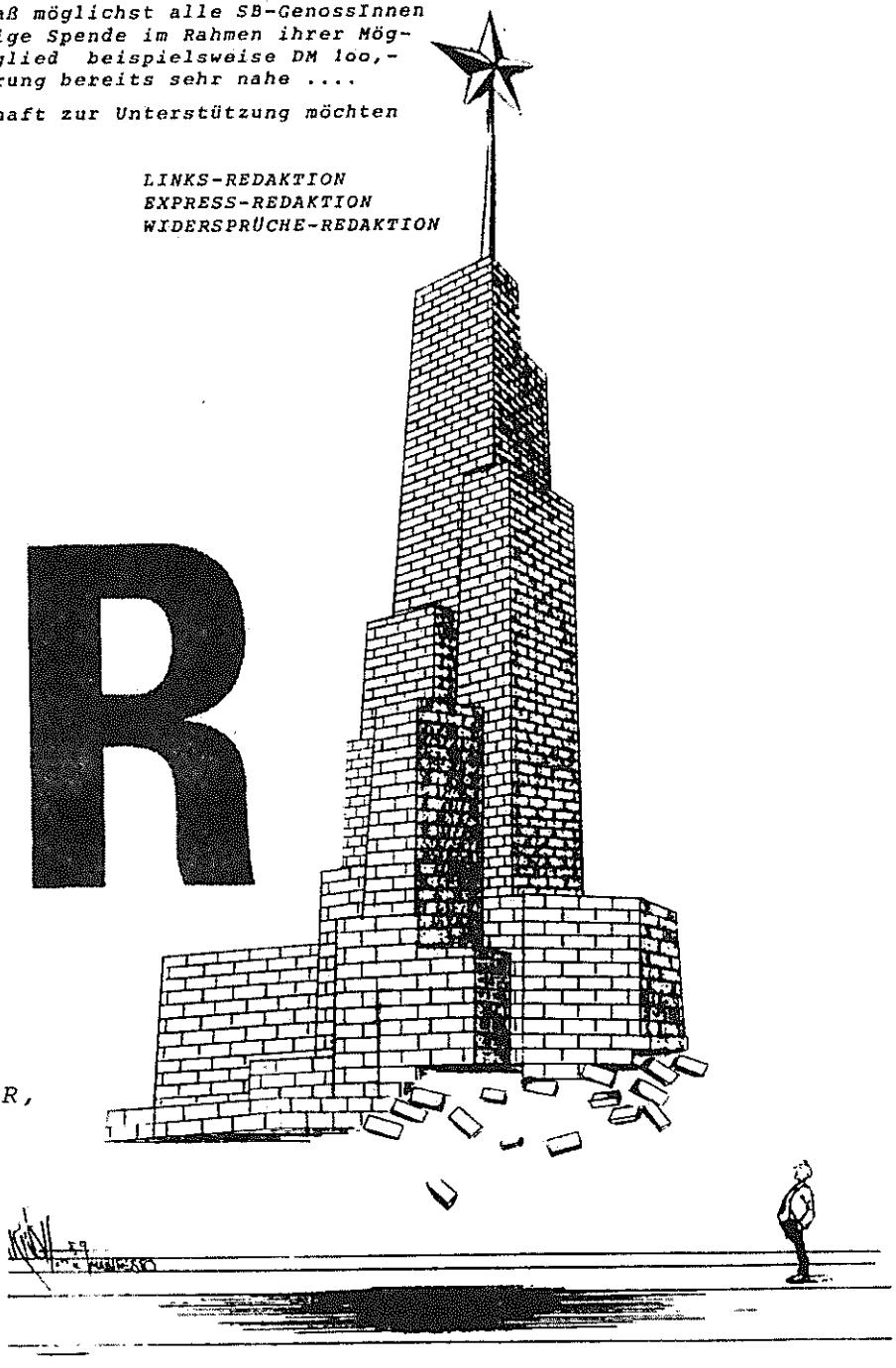
i.A.

(Gerhard Krum)

LINKS-REDAKTION
EXPRESS-REDAKTION
WIDERSPRÜCHE-REDAKTION

in der

DDR



FREIABO

für LeserInnen in der DDR

InteressentInnen aus der DDR, die die (oder eine der) SB-Zeitschriften regelmäßig lesen wollen, können sich beim SB melden:

Sozialistisches Büro
Postfach 1o2o62
6o5o Offenbach/M. 1

INHALT

Das Ende der Nachkriegsordnung?
Konferenz über "Die Einheit Deutschlands, die nationale Frage und die Neuordnung Europas" 2

Referate:

Ludi Lodovico (LINKS-Red.)
Gegen die Rehabilitierung der Nation 4

Bernd P. Löwe (BUZ)
Deutschland - ein Sicherheitsfall in Europa 19

Gabriele Herbert
Perspektiven und Entwicklungsmöglichkeiten für Kooperativen und Selbstverwaltung in dem veränderten Osteuropa 28

Dietrich Reetz
Ist die Geschichte zu Ende? 32

Aufrufe:

Initiative Frieden und Menschenrechte (IFM)
Für die Auflösung der Militärblöcke und den Abbau von NVA und Bundeswehr 27

LINKS-Redaktion
Erklärung zur deutsch-polnischen Grenzdiskussion 46

Bund für soziale Verteidigung/ Komitee für Grundrechte und Demokratie
BoA - BRD ohne Armee 47

Unterstützung für die oppositionellen Bewegungen in der DDR 18, 55

Außerdem:

Dietrich Wetzel
NATO-Frage neu gestellt 48

Initiative für unabhängige Gewerkschaften (IUG)
Bericht über ein Arbeitstreffen der IUG mit dem SB 5o

Arbeitsausschuß des SB
AG-Tagung 23./24.6.199o 52

LEBENDIGE ARBEIT - FREIE ZEIT
Tagung der Initiative 8./9.6. 53

INFORMATIONS RUND BRIEF des SB

SOZIALISTISCHES BÜRO
DIE NEUE LINKE

Postfach 10 20 62
Bleichstraße 5/7
6050 Offenbach 1
Telefon (069) 88 50 06
Fax: o69/821116

Bankverbindungen:
Postgiro Frankfurt 295 680-605
(BLZ 500 100 60)
Bank für Gemeinwirtschaft
Offenbach 1741 326 300
(BLZ 505 101 11)

Lokale Gruppen und Kontaktadressen des SB

Berlin: Karl-Heinz Albers, Graefestr. 16, 1000 Berlin 61, Tel. 030/861 93 56

Berlin (Ost): SB c/o SUSI, Haus der Demokratie, Friedrichstr. 165, Berlin 1080, DDR

Bochum: Dieter Schweitzer, Hustadtring 151, 4630 Bochum, Tel. 0234/70 28 23

Bielefeld: Frederick Gröger, Westerfeldstr. 164, 4800 Bielefeld, Tel.: 0521/88 83 08

Bremen: Niko Diemer, Herbststr. 92, 2800 Bremen, Tel. 0421/37 45 81

Dortmund: SB Dortmund, c/o ‚Langer August', Braunschweiger Str. 22, 4600 Dortmund *und* Holger Föllmer, Neuer Graben 12, 4600 Dortmund, Tel. 0231/12 49 49

Frankfurt-Offenbach: Sozialistisches Büro, Bleichstr. 5/7, 6050 Offenbach, Tel. 069/ 88 50 06

Göttingen: Norbert Engelhardt, Rosdorfer Weg 16, 3400 Göttingen, Tel. 0551/ 77 01 227

Hamburg: SB Hamburg, Altonaer Str. 28, 2000 Hamburg 6, Tel. 040/43 32 89

Hannover: Anke Breithaupt/ Ursel Fischer, Lister Meile 25, 3000 Hannover 1, Tel. 0511/ 348 05 97

Kiel: Volker Röhrich, Steinstr. 15, 2300 Kiel, Tel. 0431/5 80 44 30

Köln: Günter Steppkes, Tel. 0221/2 40 16 55 *und* Klaus Küpper, Tel. 0221/ 24 55 16, beide Engelbertstr. 55, 5000 Köln 1

Lübeck: Bernd Möller, Paul-Gerhardt-Str. 2, 2400 Lübeck, Tel. 0451/49 16 98

Mainz/Wiesbaden: Wieland Stützel, Scharnhorststr. 17, 6200 Wiesbaden, Tel. 06121/ 44 03 73, tags. 069/885006

München: Hans G. Mittermüller, Buchenauerstr. 31, 8080 Fürstenfeldbruck, Tel. 08141/27493

Münster: Jan Spurk, Von-der-Tinnen-Str. 30, 4400 Münster 1, Tel. 0251/375714

Nürnberg: Otto Böhm, Johannisstr. 42, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/33 20 22

Oberbergischer Kreis: Klaus W. Kowol, Postfach 1312, 5275 Bergneustadt

Stuttgart: Uta Probst, Forststr. 213, 7000 Stuttgart, Tel. 0711/657 25 38

Ulm: Gerd Mack, Yorckstr. 29, 7900 Ulm, Tel. 0731/302 81 *und* Manfred Lang, Tel. 0731/327 69